

Wolfgang Haider

Aus den hungernden Menschen Kunden machen.

*Legitimationsstrategien österreichischer Entwicklungshilfe in den 1970er
und 1980er Jahren.*

Forschungsseminar Archive des Helfens? Das Mittelalter der österreichischen
Entwicklungszusammenarbeit, Studienjahr 2014

Wien 2015

Inhalt

1. Einleitung	2
2. Methoden.....	5
2.1. Diskursanalyse.....	5
2.2. <i>Grounded Theory</i>	6
2.3 Forschungsprozess.....	7
3. Relevante Akteure der Entwicklungshilfe in den 1970er und 80er Jahre	10
3.1. SPÖ.....	10
3.2. ÖVP	11
3.3. Andere Parteien	11
3.4. Kirchliche Organisationen.....	12
3.5. Nicht-Regierungsorganisationen	12
3.6. Privatwirtschaft.....	12
4. Zwischen Wirtschaftsförderung und internationaler Solidarität - Kontinuitäten und Brüche in der Legitimation österreichischer Entwicklungshilfe	13
4.1 Aus den hungernden Menschen Kunden machen - Entwicklungshilfe als Förderung der österreichischen Wirtschaft	14
4.2. Auf den Heringsschmaus verzichten - Entwicklungshilfe als moralisch-politische Verpflichtung.....	20
4.3. Österreichs besondere Rolle	26
4.3.1. Keine Gefahr des Neokolonialismus gegeben - Legitimation der Entwicklungshilfe durch die österreichische Vorbildfunktion	27
4.3.2. Entwicklungshilfe als Imagekampagne - Internationales Ansehen als Legitimation von Entwicklungshilfe.....	29
5. Das falsche Bewusstsein - Kritik am Entwicklungshilfediskurs - Diskontinuitäten und Brüche?.....	33
6. Fazit und Ausblick	36
7. Literaturverzeichnis und Quellen	38

1. Einleitung

Mit den österreichischen Parlamentswahlen im April 1970 kam es zu deutlichen Veränderungen der politischen Kräfteverhältnisse. Durch den Stimmenzuwachs der SPÖ unter dem Parteivorsitzenden Bruno Kreisky wurde es möglich eine Alleinregierung unter Duldung der FPÖ zu installieren. Für die nächsten dreizehn Jahre sollte nun der Bundeskanzler Bruno Kreisky heißen. In seine Regierungszeit fallen sowohl soziale Reformen innerhalb Österreichs, als auch eine (Re-)Positionierung am Parkett der internationalen Politik. Im kollektiven Gedächtnis der österreichischen Politik haben sich diese Veränderungen bis heute eingepreßt und werden zu gegebenen Anlässen immer wieder bedient, um sich als Bewahrer des „Mythos Kreisky“ zu stilisieren und politisches Kapital zu mobilisieren (vgl. Faymann 2011).

Auf die Zeit der Alleinregierung der SPÖ folgte Ende der 80er Jahre eine erneute Koalition mit der ÖVP und die Ernennung von Alois Mock zum Vizekanzler und Außenminister. Unweigerlich verbunden mit dem Namen Mock ist sicherlich der EU-Beitritt Österreichs im Jahre 1995, doch bereits vor dessen Amtsübernahme lässt sich eine Hinwendung der außenpolitischen Agenden auf die europäische Ebene feststellen (Hödl 2004, S. 124–126). Ob sich diese graduelle Neuausrichtung auch in der österreichischen Entwicklungshilfe bzw. in ihrer Legitimation bemerkbar machte, soll in dieser Arbeit untersucht werden. Die als Zäsur in der außenpolitischen Ausrichtung Österreichs wahrgenommene Regierungszeit Anfang der 70er Jahre muss dabei unter den Vorzeichen internationaler Trends und Strömungen interpretiert werden und kann keinesfalls lediglich als ein sich aus sich selbst heraus entwickelnder Prozess verstanden werden (Hödl 2004, S. 81–83). Bei der Betonung des Bruches und der Diskontinuität wird oftmals verleugnet, dass durchwegs auch Kontinuität und Konsens mit den politischen Mitbewerbern die außenpolitische Agenda der SPÖ prägten (Hödl 2004, S.83.).

Ist von der Stärkung des außenpolitischen Profils Österreichs in der Kreisky-Ära die Rede, wird oftmals auf Österreichs Rolle im Nahost Konflikt verwiesen, seltener jedoch wird das Feld der Entwicklungshilfe ins Blickfeld genommen. Dabei bietet sich gerade dieser Bereich mit seiner seit jeher durch und durch politisierten Agenda an, um eine Analyse (außen-)politischer Konzepte anzugehen. Im Kontext des sogenannten „Ost-West“-Konfliktes, des Konfliktes der zwei großen konkurrierenden wirtschaftlichen und politischen Ordnungssysteme

(Kapitalismus-real existierender Sozialismus), bildete sich gerade die österreichische Entwicklungshilfe auf eine Art und Weise heraus, die einerseits ihre Begründung in eben diesen globalen Machtverhältnissen hat, andererseits aber auch aufgrund der historischen Genese des „neutralen“ Österreichs zu ihrer spezifischen Gestalt kommt. Eine Veränderung des (außen- bzw. entwicklungspolitischen) Diskurses müsste sich unter anderem an den Argumentationssträngen zur Legitimation von Entwicklungshilfe gegenüber der österreichischen Bevölkerung ablesen lassen. Als konkrete Forschungsfragen stehen damit folgende im Zentrum der Arbeit:

Wie versuchen (politische, wirtschaftliche und kirchliche) Akteure ihre entwicklungspolitischen Strategien zu legitimieren? Welches sind die grundlegenden Konzepte die diesen Legitimationsdiskurs prägen? Welche Veränderungen dieser Konzepte können zwischen dem Beginn der SPÖ-Alleinregierung Anfang der 70er Jahre und der erneuten Koalition mit der ÖVP ab 1987 festgestellt werden?

Ein wesentliches Instrument zur Durchsetzung von einzelnen Argumentationsweisen und zur Legitimationsgewinnung stellen die Massenmedien dar, die als „Gatekeeper“ fungieren zwischen der gesellschaftlichen Öffentlichkeit und den politischen Machthabern, sowie der spezifischen entwicklungspolitischen Öffentlichkeit, welche die konkreten Politiken letzten Endes prägen (Franz 2000, S. 16). Die Austrian Press Agency (APA) ist in Österreich ein „Multiplikator“, von dem aus Berichte, Meldungen und Hinweise in den massenmedialen Diskurs übergehen, in dem wiederum die Deutungshoheit die JournalistInnen übernehmen (Meyer/Schicha/Brosda 2001, S. 58f). Um eine Analyse dieser Legitimationsstrategien zu ermöglichen wurden deshalb Parteiaussendungen und Pressemitteilungen entwicklungspolitischer Organisationen sowie sonstige entwicklungspolitisch relevante APA-Berichte ausgewertet. Durch die Auswahl dieses Datenmaterials, auf welches ausschließlich über das digitalisierte APA-Archiv zugegriffen wurde, wurde es möglich, nachzuvollziehen, wie die entwicklungspolitischen Akteure (seien es die Parteien, ihre Vorfeldorganisationen oder Nicht-Regierungsorganisationen) ihre Positionen in der Öffentlichkeit zu legitimieren versuchten. Die tatsächliche Ausgestaltung der Politik bzw. auch die weitere Verbreitung der Argumentationen in den Massenmedien wurde dabei größten Teils außer Acht gelassen. Denn für eine Analyse und Einordnung der Argumentationsweisen stellen die genannten Daten eine ausreichende Quelle dar, da sie eine für den gesellschaftlichen Diskurs strukturierende Funktion einnehmen und die Vorstellungen und Ziele der Akteure, teils explizit, teils implizit, deutlich machen (Meyer/Schicha/Brosda 2001, S. 18). Wichtig dabei ist es die Argumentations- und Legitimationsformen auch zu kontextualisieren und zu interpretieren.

Um den Vorgaben des Seminars zu entsprechen und den Umfang der Arbeit in bewältigbaren Grenzen zu halten wurde dabei nur Datenmaterial aus dem Zeitraum April 1970 bis Dezember 1973 und Jänner 1987 bis Dezember 1990 bearbeitet. Die Wahl dieser konkreten Daten ist zum einen mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die SPÖ 1970 und zum anderen durch den Eintritt der ÖVP als „Juniorpartner“ 1987 begründet. Bei der Analyse des Datenmaterials wurde auf eine in der *Grounded Theory* begründete Vorgehensweise gesetzt, die sich Kodierung und Sampling ebenso bediente wie diskursanalytischen Methoden (siehe Kapitel 2). Nach einigen methodischen Erläuterungen werden die herausgearbeiteten Konzepte und die (Nicht-)Veränderungen dieser präsentiert bevor es abschließend noch darum geht die gewonnen Erkenntnisse im Forschungsdesiderat einzuordnen und einen Ausblick auf weitere sich ergebende Fragen zu werfen.

2. Methoden

Zur Analyse des Datenmaterials war es notwendig, sich Methoden empirischer Sozialforschung zu bedienen, um ein strukturiertes und intersubjektiv nachvollziehbares Prozedere bei der Beantwortung der gestellten Forschungsfragen zu etablieren und dadurch die Thesenbildung zu untermauern. Da es Kern dieser Arbeit ist, historisch-rekonstruktiv Sinnzusammenhänge zu erschließen und Inhalte zu analysieren, wurde eine Herangehensweise gewählt, die auf Methoden qualitativer Sozialforschung zurückgreift. Elemente der Diskursanalyse wie bei Schicho (2014) und Jäger (1993) beschrieben, wurden dabei mit methodologischen Schritten der *Grounded Theory*, zu deutsch „gegenstandsbezogene Theorie“ (Mayring 2002, S. 103) ergänzt, wie es Keller (2007) vorschlägt. Feinanalysen der konkreten Textstellen konnten so Hand in Hand gehen mit einer Einordnung in abstraktere Narrative¹ die das Spezifische des österreichischen Entwicklungshilfediskurses im ausgewählten Zeitraum ausmachen, ohne dabei auf die Einordnung in prägende Diskurse zu vergessen. Diverse Diskursstränge wurden dabei textnah kodifiziert und Narrative identifiziert, welche Aufschluss geben über die Strategien der diskursiven Legitimation von Entwicklungshilfe. Anschließend folgen nun kurz und bündig nähere Erläuterungen zum methodischen Vorgehen.

2.1. Diskursanalyse

„[Diskurse sind] eine gesellschaftlich erzeugte und wirksame Menge an Wissen (Aussagen nannte es Michel Foucault), das mit einem bestimmten Gegenstand (Thema) verbunden ist. Diskurse sind die Grundlage für die Unterscheidung von Wahr und Falsch, von gültigen und nicht-gültigen Erklärungen; sie bestimmen, was in einem gegebenen Zeitpunkt und an einem gegebenen Ort sagbar (und machbar) ist und was nicht.“ (Schicho 2014, S. 132)

Mit dem obigen Zitat ist der Diskurs-Begriff der dieser Arbeit zu Grunde liegt und von dem bei der Analyse der Textstellen ausgegangen wurde abgesteckt. Im Falle dieser Studie war es Ziel

¹ „Narrative sind sozial akzeptierte Interpretationsmuster, die unsere Wahrnehmung und Darstellung von Zusammenhängen ermöglichen und zugleich begrenzen. Obwohl sie eine wichtige Funktion bei der Konstruktion der Grenzen des Sagbaren im Foucaultschen Sinne haben, wurden sie von der linguistischen Diskursanalyse weitgehend vernachlässigt. [...] Nicht der Einzelbeleg interessiert, sondern die Musterhaftigkeit von Belegen, die als Ergebnis rekurrenter Sprachhandlungen gelesen werden können.“ (Bubenhof, Noah, Nicole Müller und Joachim Scharloth. 2013. Narrative Muster und Diskursanalyse. Ein datengeleiteter Ansatz. In: Zeitschrift für Semiotik 35/3-4, pp.419-445, p. 419, 421

herauszufinden, welche Wahrheitsregime in Bezug auf die Legitimation von Entwicklungshilfe in den 1970er und 1980er Jahren im medialen Diskurs Gültigkeit hatten bzw. auch wie sich die wichtigsten Argumentationsweisen in dieser Zeit veränderten. Gleichzeitig sollen diese Prozesse und deren Veränderung auch eingeordnet werden in einen größeren Kontext. Hier kommen laut Schicho (2014, S. 29f) Elemente der Kritischen Diskursanalyse ins Spiel, die es ermöglichen bestimmte Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die eine strukturierende Auswirkung auf die Diskurse haben, ins Blickfeld zu nehmen. Ganz besonders wichtig ist es dabei die handelnden Akteure zu identifizieren und sie hinsichtlich ihrer Strategien, Interessen und Interaktionen zu analysieren (Schicho 2014, S. 134). Jene folgen dabei, nicht immer aber unter anderem, politisch-ökonomischen Ideologien die eine „*stabile Menge aus Erfahrungen, Vorstellungen und Werten*“ (Schicho 2014, S. 132) darstellen und das Handeln der Akteure bzw. ihre Argumentationsweise prägen.

Im konkreten Umgang mit dem zu analysierenden Datenmaterial (APA-Aussendungen, Berichte, Parteiaussendungen) stellt das basale Objekt der Analyse das sogenannte Diskursfragment dar, unter dem im Wesentlichen der Text oder Teil eines Textes verstanden werden kann. Werden diese Diskursfragmente nach ihrer thematischen Zugehörigkeit geordnet, so ergibt sich daraus ein Diskursstrang (Schicho 2014, S. 132). Um wiederum diese Fragmente und Stränge macht- und ideologiekritisch zu betrachten, ist eine Bestimmung der Diskurspositionen und der Diskursebene notwendig, also jenes „Ortes“, von dem aus diese Sprechakte getätigt werden (ebd.). Anschließend ist auch eine (Re-)Kontextualisierung der Diskursfragmente und Diskursstränge notwendig, um diese Fragmente interpretier- und verstehbar zu machen und dadurch zu einem wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn zu gelangen. Jene Schritte sind es, die zu Ende der Analyse die Beschreibung eines Narratives (*story-line*) möglich machen soll. Darunter sollen hier von diversen Akteuren geteilte Grunderzählungen verstanden werden, die dazu beitragen, dass Problemdefinitionen bzw. Legitimationsweisen auf eine spezifische Art und Weise erfolgen (Keller 2007, S. 17). Das Konvolut aus Diskurssträngen, -positionen, -ebenen und Kontexten kann mit Hilfe der Narrative in ein großes Bild zusammengefasst werden, das die spezifischen Gestalt der Legitimationsstränge zeigt und Zusammenhänge verstehbar macht.

Um diese Konzepte an den Texten zum Arbeiten zu bringen wurden diese mittels methodischer Ergänzungen aus der „Grounded Theory“ ergänzt die nun kurz vorgestellt werden sollen.

2.2. Grounded Theory

Bei der *Grounded Theory*, die oft mit „gegenstandsbegründete Theorie“ ins Deutsche übersetzt wird, geht es darum, anhand eines ausgewählten Gegenstandsbereichs eine Theorie zu bilden,

die sich mit laufender Erweiterung des Datenmaterials immer mehr verfeinert und differenziert. Dabei wird von Andreas Böhm (2000, S.478-481) ein methodisches Vorgehen vorgeschlagen, an dem sich auch diese Arbeit anlehnt. So steht als erster Kodiervorgang das offene Kodieren an, bei dem es gilt direkt aus dem Text stammende Kategorien zu bilden, die sich auch sprachlich am Text orientieren. Als weiteren Schritt nennt Böhm das axiale Kodieren, bei dem die zuerst noch direkt aus dem Text stammenden Kategorien des offenen Kodierens verfeinert und differenziert werden und auch in Beziehung gesetzt werden zu anderen zuvor gewonnenen Kategorien. Als letzten Schritt nennt er das selektive Kodieren, bei dem zentrale Phänomene identifiziert und abstrahiert werden, um zu einer Verallgemeinerbarkeit der Kategorien zu gelangen.

Bevor allerdings kodiert wird, gilt es mittels des thematischen Samplings die relevanten Textstellen auszuwählen, die für die Beantwortung der Fragestellung relevant sein könnten und die einer erweiterten Feinanalyse zugeführt werden. Damit verbunden ist auch das Prinzip der maximalen bzw. minimalen Kontrastierung, bei dem es darum geht das Datenmaterial abzustecken (Keller 2007, S. 18).

Durch die Methode des Kodierens und der Kategoriebildung steht nun ein Werkzeug zur Verfügung, das sich für eine diskursanalytische Forschungsarbeit anbietet, allerdings nicht mit dieser gleichgesetzt werden soll. In den Kontext der Diskursanalyse übersetzt sieht Keller (2007, 21f) das offene Kodieren als erste Benennung von Deutungsmustern und Phänomenstrukturen. Mit dem axialen Kodieren werden diese Deutungsmuster dann strukturiert und in eine bereits vom Text abstrahierende Form gebracht, die es zum Beispiel ermöglichte Akteure, Schlagwörter und übergreifende Themengebiete zu identifizieren. Durch den abschließenden Schritt des selektiven Kodierens werden dann, um in diskursanalytischer Terminologie zu sprechen, diese Kategorien geordnet und zu Diskursen verdichtet, die vielfältige Beziehungsnetzwerke zwischen den Kategorien und Codes soweit abstrahieren, dass sie sich unter einem Deutungsmuster sammeln lassen. Um dieses Vorgehen verständlich zu machen, wird nun der Forschungsprozess noch einmal chronologisch vorgestellt.

2.3 Forschungsprozess

Chronologisch kann beim Prozess der Forschung eigentlich nur das thematische Kodieren vorangestellt werden, die anderen Schritte wurden sowohl aufeinanderfolgend (offenes Kodieren → axiales Kodieren → selektives Kodieren → Diskursanalyse) als auch parallel und auf einander bezogen durchgeführt. Der erste Schritt war dabei jener einer Kurzbeschreibung des konkreten Falles (APA-Meldung, Parteiaussendung usw.) im Sinne des ersten Schrittes des thematischen Samplings: Nach der Lektüre eines Textes bzw. einer Textstelle wurde eine

Kurzbeschreibung verfasst, die im Laufe des weiteren Verfahrens als Ausgangspunkt für die Kodierung der Texte genutzt wurde. Diese Methode war vor allem dabei behilflich, Datenmaterial zu selektieren und einen Überblick über das gesichtete Material zu erhalten, um bei der Eingrenzung des Forschungsmaterials zügiger voranzukommen (Flick 2009, S. 407f). Anschließend wurde bei der Analyse vom thematischen Kodieren auf das offene Kodieren umgeschwenkt: die als besonders aussagekräftig identifizierten Passagen eines Textes wurden mittels direkt aus dem Text gewonnener Begriffe kodiert, um die sprachlichen Besonderheiten adäquat wiederzugeben und Sprechpraktiken zu identifizieren. Zum Beispiel wurde für das Zitat:

„(Kreisky), [...] vertrat die Meinung, dass die Entwicklungshilfe weniger eine karitative Angelegenheit sei als vielmehr eine politische und wirtschaftliche mit humanitärem Hintergrund“ (Basisdienst 1970-1973, 21.06.1972)

der Kode: „Entwicklungshilfe als politische und wirtschaftliche Aufgabe mit humanitären Hintergrund“ gewählt. Im nächsten Schritt des axialen Kodierens wurden diese nun erhaltenen, in großer Varianz auftretenden Kodes abstrakter formuliert und verschiedene Eigenschaften der Textstelle identifiziert. Für die exemplarische Textstelle wären die Kodes des axialen Kodierens nun zum Beispiel: „SPÖ, Wirtschaftspolitik und Entwicklungshilfe“. Nun steht bereits eine Menge an Kategorien zur Verfügung, die zwar immer noch sehr plural ist, allerdings aufgrund der abstrakteren Ebene schon mehr Verbindungen und Zusammenhänge deutlich macht und es erlaubt, die vorgefundenen Textstellen mit einander in Beziehung zu setzen. Mit dem selektiven Kodieren werden nun die zentralen Kategorien gewonnen, welche die einzelnen Textfragmente miteinander in Beziehung setzten und auf einem abstrakten, verallgemeinernden Niveau die Ordnung der Phänomenstruktur bestimmen. Für das gewählte Beispiel wäre diese letzte Kategorie, die gleichzeitig dem Diskursstrang entspricht, jene der „Förderung der österreichischen Wirtschaft“. Da diese Kategorie erst durch das in Beziehungen setzten verschiedener axialer Kategorien deutlich wird, wirkt diese Einordnung hier etwas unzusammenhängend. Allerdings soll aber an dieser Stelle lediglich Einsicht in den konkreten Forschungsablauf geben, um diesen nachvollziehbar und kritisierbar zu machen.

Zu einer strukturierten und systematischen Erfassung des Datenmaterials, sowie Kodierung und Kategorisierung der Textstellen, wurde auf die Unterstützung der freien Software *Citavi* zurückgegriffen. Dieses Programm, eigentlich konzipiert als Zitiersoftware, ermöglicht es für bestimmte Textstellen Kodes verschiedener Ebenen zu vergeben (in der Softwaresprache: Titel, Schlagwort, Kategorie), die als Äquivalent zu den bereits erläuterten Schritten der Kodierung gesehen werden können (vgl. Flick 2007, S. 465ff).

Erhaltene Diskursstränge wurden dann wiederum (re-)kontextualisiert und in ihre verschiedenen Entstehungsbedingungen eingebettet, um ihre spezifische Gestalt interpretativ zugänglich zu machen. So war es möglich Einflüsse und strukturierend wirkende Diskurse auszumachen und mit einzubeziehen. Folgend werden nun die Ergebnisse der wie beschrieben abgelaufenen Analyse präsentiert, wobei zuerst die identifizierten AkteurInnen kurz vorgestellt werden und dann die Diskursstränge und ihre Interpretation präsentiert werden.

3. Relevante Akteure der Entwicklungshilfe in den 1970er und 80er Jahre

Bevor es an die Präsentation der in der Analyse gewonnen Erkenntnisse geht seien hier noch in aller Kürze die für die Entwicklungspolitik bzw. die Entwicklungshilfe in den 70er und 80er Jahren relevanten Akteure vorgestellt. Diese Vorstellung geschieht allerdings unter der Prämisse, dass nur jene Akteure vorgestellt werden, die auch in der Analyse des Datenmaterials in relevanter Art und Weise aufgetreten sind. Der Großteil der im Datenmaterial vorgefundenen Fälle kann dabei den beiden ersten Akteuren, den großen politischen Parteien, zugeordnet werden. Dies ist sicherlich auch bedingt durch den privilegierten Zugang dieser zu den Instrumenten der APA. Natürlich ist dieser Überhang in Arbeit zu beachten, durch die bewusste Reflexion dieses Faktums können aber dennoch Aussagen über den Entwicklungshilfediskurs der 1970er und 80er Jahre gemacht werden. Es finden sich dennoch immer wieder Meldungen anderer Akteure im Datenmaterial, die im Übrigen nur sehr selten den grundsätzlichen Diskursen widersprechen..

3.1. SPÖ

Wesentlich prägend für den Diskurs der Entwicklungshilfe in Österreich ist ohne Zweifel die sozialdemokratische Partei Österreichs.² Mit dem Erfolg bei den Wahlen zum österreichischen Nationalrat im April 1970 wurde Parteivorsitzender Bruno Kreisky zum Bundeskanzler gemacht. Mit Unterstützung der gerade noch in den Nationalrat gerutschten FPÖ konnte so die SPÖ ihre Vorstellungen bereits ab 1970 quasi in Alleinregierung durchsetzen. Außenpolitisch war es Anfang der 70er Jahre zumeist das aktive Auftreten von Bundeskanzler Kreisky selbst, das die Regierungspolitik bestimmte. Weiters sorgte der (eigentlich parteilose) Rudolf Kirchschläger, bis 1974 im Amt des Außenministers, für die Repräsentation des außenpolitischen Profils Österreichs. Eine weitere gewichtige Stimme in der SPÖ war Bruno Pittermann, der zwar nur bis 1971 als Abgeordneter im Nationalrat saß, danach allerdings als Präsident der Sozialistischen Internationale als wichtiges Bindeglied zu internationalen Diskursen innerhalb der sozialistisch-sozialdemokratischen Bewegungen fungierte. Seine Wortmeldungen zeigen die Einbettung der SPÖ-internen Diskurse in größere Zusammenhänge.

² Die Daten bezüglich der Parteien bzw. deren Vertreter wurden sämtliche der Homepage des österreichischen Parlaments entnommen: <http://www.parlament.gv.at/WWER/> bzw. <http://www.parlament.gv.at/PERK/> [Zuletzt abgerufen am 08.01.2015]

Nach dem Rücktritt Kreiskys vor den Wahlen 1983 übernahm, nach einem kurze Intermezzo von Franz Sinowatz, Franz Vranitzky die Agenden als Regierungschef und Bundeskanzler. Mit der Umstrukturierung der Regierung 1987 war erstmals seit dem Jahr 1969 die ÖVP wieder an einer Regierung beteiligt und stellte auch den Außenminister. Auf Seiten der SPÖ übernahm von nun an vor allem Ex-Außenminister Peter Jankowitsch die Aufgabe, die SPÖ außenpolitische zu positionieren bzw. das nun von der ÖVP geleitete Ministerium zu kritisieren.

3.2. ÖVP

Bei den Wahlen 1970 bzw. 1971 musste die ÖVP Verluste hinnehmen (von 48% auf 43%) und die Regierungsgeschäfte an die SPÖ abgeben. In den ersten drei Jahren der 70er Jahre war daraufhin von der ÖVP bezüglich Außenpolitik oder Entwicklungshilfe nur sehr wenig zu vernehmen. Einzelne Abgeordnete (wie z.B.: Franz Karasek) versuchten zwar das Thema an die Öffentlichkeit zu bringen und für sich zu nutzen, im Allgemeinen herrschte jedoch scheinbar Eintracht mit der von der SPÖ angeschlagenen Außenpolitik. Etwas anders gestaltet sich die Situation in den Jahren 1987-1990. Mit Alois Mock stellte in dieser Phase die ÖVP den Außenminister und konnte so erstmals seit beinahe 20 Jahren die Außenpolitik Österreichs wieder aktiv bestimmen. Neben Alois Mock ist hier auch noch auf den Abgeordneten Andreas Kohl hinzuweisen, der die parlamentarische Debatte seitens der ÖVP immer wieder maßgeblich bestimmt und seine Positionen auch nach außen zu tragen versuchte.

3.3. Andere Parteien

Von geringer Bedeutung im Diskurs österreichischer Entwicklungshilfe sind die restlichen Parteien im Parteienspektrum. Die FPÖ betrachtete die Außenpolitik anscheinend kaum als Feld, das es zum Stimmengewinn nutzen konnte und dementsprechend finden sich ihrerseits sowohl in der Phase Anfang der 70er, als auch in jener Ende der 80er Jahre kaum Presseaussendungen oder APA-Berichte die sich mit Außenpolitik oder Entwicklungshilfe im speziellen beschäftigen.

Die Grünen, die 1986 zum ersten Mal den Einzug in den Nationalrat schafften, können klarerweise nur für die Periode zwischen 1987 und 1990 eine Rolle spielen, doch auch hier ist ihr „Output“ bezüglich entwicklungspolitischer Themen als vernachlässigbar einzustufen. Der Erwähnung wert sind diese zwei Parteien allerdings dennoch, gibt ihr Verhalten doch wichtige Einsichten über die Wertigkeit, die Außen- bzw. Entwicklungspolitik seitens der österreichischen Parteien zugewiesen wird, und wie(so) diese in Österreich zu ihrer spezifischen Gestalt kommt.

3.4. Kirchliche Organisationen

Neben den politischen Parteien und ihren VertreterInnen versuchen wie schon eingangs erwähnt auch andere Organisationen, Vereine und Gruppen auf die (entwicklungspolitische und allgemeine) Öffentlichkeit einzuwirken. Besonders aktiv zeigen sich dabei verschiedene kirchliche bzw. der Kirche nahestehende Verbände. Anfang der 70er Jahre sind von nicht-staatlicher Seite bzw. nicht parteipolitischer Seite her fast ausschließlich Meldungen von und über kirchliche Organisationen zum Thema Entwicklungshilfe vorzufinden. Katholische Männer- bzw. Frauenbewegung, sowie die kirchliche Kommission für Gerechtigkeit und Frieden („Iustitia et Pax“) und die Caritas sind jene Organisationen, die sich zu den Themen der Entwicklungshilfe, deren Ausrichtung und deren Ausgestaltung durch die österreichische Regierung zu Wort melden. Auch der Österreichische Entwicklungsdienst (ÖED) taucht einige Male auf, leistet allerdings kaum inhaltliche Beiträge, sondern fokussiert viel mehr auf die Einmahnung der von der Politik gegebenen finanziellen Zusagen für Entwicklungshilfe.

3.5. Nicht-Regierungsorganisationen

Anfang der 70er Jahre kommen wie bereits oben erwähnt zivilgesellschaftliche Akteure im Datenmaterial kaum vor. Ausnahmen bilden hier der Jugendrat für Entwicklungshilfe sowie die Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (heute AG Globale Verantwortung), die vor allem als Organisatoren von Diskussionen und Vorträgen zum Thema Entwicklungshilfe in Erscheinung treten und dadurch ebenfalls im diskursiven Feld der österreichischen Entwicklungshilfe intervenieren. Weiters sind noch der österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) und das Wiener Institut für Entwicklungsfragen (VIDC) zu erwähnen, die Ende der 80er Jahre ebenfalls einige Male Stellung beziehen, allerdings in viel geringerem Umfang als vielleicht zu erwarten wäre.

3.6. Privatwirtschaft

Als letzte Akteursgruppe ist jene der Privatwirtschaft zu nennen. Raiffeisenbank, oder Industriellenvereinigung sind hier drei Beispiele, die zeigen, dass (privat)wirtschaftliche Akteure ihre Interessen auch aktiv in den Diskurs einzubringen versuchten, sowohl Ende der 80er Jahre, als auch schon in den 70er Jahren. Die Vertreter dieser Position sind wohl am homogensten in ihrer Argumentationsweise und finden sich auch in der nun folgenden Vorstellung der Analyse des Datenmaterials und der daraus gewonnenen Konzepte allesamt im selben Narrativ wieder.

4. Zwischen Wirtschaftsförderung und internationaler Solidarität - Kontinuitäten und Brüche in der Legitimation österreichischer Entwicklungshilfe

Bei der Analyse der Daten kristallisierten sich mit der Zeit verschiedene Diskurse heraus. Für das vorliegende Datenmaterial wurden von mir drei wesentliche Diskurse identifiziert, welche die Argumentation und Legitimation von Entwicklungshilfe konstituierten und zwar sowohl zu Beginn der 70er Jahre als auch am Ende der 80er Jahre. Obwohl sich nicht alle Diskursstränge bei allen Akteuren in gleich intensiver Art und Weise wiederfinden lassen und sich auch einige Verschiebungen in der knapp 15-jährigen Zeitspanne zwischen den ausgewählten Untersuchungsabschnitten ausfindig machen lassen, so ist eine Zuordnung der meisten Diskursfragmente (sprich Textstellen) zu einem (oder mehreren) der drei Stränge dennoch möglich. Dabei kann es durchaus vorkommen, dass sich Akteure je nach Kontext und Topos der getätigten Äußerung unterschiedlicher Narrative bedienen.

Der erste dieser der Narrative, die nun vorgestellt werden sollen, ist jener, der die Legitimation von Entwicklungshilfe verbindet mit einer wirtschaftlichen Argumentationsweise, die zumeist darauf abzielt auf die Vorteile für die österreichische Wirtschaft durch die Entwicklungshilfe zu verweisen (Kapitel 4.1.). Anschließend wird ein Diskursstrang erläutert, der oftmals den Kontrapunkt zum Vorherigen bildet, nämlich jener der Entwicklungshilfe als moralische Verpflichtung (karitative Wohltätigkeit) oder Zeichen der internationalen Solidarität charakterisiert (Kapitel 4.2.). Zuletzt werden noch zwei Diskursstränge vorgestellt, die einander sehr ähnlich sind bzw. sich häufig aufeinander beziehen und darüber hinaus auch sehr eng verknüpft sind mit einem der beiden erstgenannten Diskursstränge. Dies ist zum einen jener der Legitimation der Entwicklungshilfe durch die österreichischen Vorbildfunktion (Kapitel 4.3.1.) und zum anderen jener, in dem Entwicklungshilfe als notwendig für das internationale Ansehen Österreichs (Kapitel 4.3.2.) gesehen wird.

Verwoben mit der Identifikation der Diskursstränge wird auch versucht, diese in ihrer spezifischen Erzählweise (Narrativ/*story-line*) zu charakterisieren und zu analysieren, sowie von ihren spezifischen kontextuellen Entstehungsbedingungen aus zu interpretieren.

Nach der Vorstellung der Diskursstränge sowie der Analyse und Interpretation, soll aber auch noch darauf eingegangen werden, ob und wo in diesem Spektrum zwischen Akteuren und Erzählweisen Bruchlinien verlaufen (Kapitel 5).

4.1 Aus den hungernden Menschen Kunden machen - Entwicklungshilfe als Förderung der österreichischen Wirtschaft

„(Kreisky), der in der Entwicklungshilfe eine ‚Rückzahlung‘ der seinerzeit Österreich gewährten Marschallplanhilfe sieht, die sinnvoller an Entwicklungsländer zu leisten sei als an die Vereinigten Staaten, vertrat die Meinung, dass die Entwicklungshilfe weniger eine karitative Angelegenheit sei als vielmehr eine politische und wirtschaftliche mit humanitärem Hintergrund“ (Basisdienst 1970-1973, 21.06.1972)

„Das [Anm.: die Entwicklungshilfe] sei keineswegs als selbstlose Geste zu verstehen, man solle vielmehr aus den hungernden Menschen in der Dritten Welt Kunden machen, forderte Ungar [Anm.: Caritas-Präsident].“ (Basisdienst 1987-1990, 08.01.1988)

Die obigen zwei Zitate markieren in gewisser Weise die sowohl zeitlichen als auch inhaltlichen Kontrastpunkte des Diskursstranges, der die Förderung der österreichischen Wirtschaft als Legitimation für geleistete Entwicklungshilfe sieht. Zu Beginn steht eine Äußerung von Bundeskanzler Bruno Kreisky, die er im Juni 1972 bei einer Debatte mit Vertretern von im APA-Bericht nicht näher spezifizierten Jugendorganisationen tätigte. In dieser betont er die Meinung *„Entwicklungshilfe [sei] weniger eine karitative Angelegenheit als vielmehr eine politische und wirtschaftliche mit humanitären Hintergrund“ (Basisdienst, 21.06.1972)*. Er nennt also eigentlich hier bereits die drei wesentlichen Dimensionen, die auch die anderen Diskursstränge prägen und somit auf Ebene der Sprachäußerung von besonderer Relevanz für die Entwicklungshilfe sind: Politik, Wirtschaft und karitative Wohltätigkeit (anders ausgedrückt könnte hier auch „Solidarität“ gesagt werden). Über die bloße Nennung hinaus wird den LeserInnen dieser Meldung auch gleich eine Wertung jener Dimensionen mitgeliefert und zwar insofern Politik und Wirtschaft gegenüber der Solidarität priorisiert werden. Dennoch verwehrt sich die getätigte Aussage aber einer allzu dominanten Positionierung hinsichtlich einer Dimension und liefert stattdessen ein Bild, dass von einer Verbundenheit der drei Dimensionen ausgeht. An späterer Stelle wird deutlich werden, wie unterschiedliche Sprechkontexte auch die inhaltlichen Aussagen verändern, denn Bruno Kreisky wird mit dieser Argumentation nicht immer kohärent sein. Durch die Betonung der wirtschaftlichen Komponente ist die Aussage Kreiskys in grundsätzlicher Kohärenz zu sehen mit dem zweiten einführenden Zitat, welches von einer Pressekonferenz des Caritas Präsidenten Prälat Leopold Ungar stammt.

Dieser argumentierte laut APA in dieser Konferenz dahingehend, dass die Überproduktionskrise in der „ersten Welt“ dahingehende genützt werden müsse, dass die in der

„dritten Welt“ verhungern Menschen zu Kunden gemacht werden müssten und dadurch Entwicklungshilfe geleistet werden könne. Hier steht die wirtschaftliche Dimension eindeutig im Vordergrund und es wird gerade darauf hingewiesen, dass Entwicklungshilfe keine „selbstlose Geste“, also eine Geste der Moralität sei, sondern eben viel eher eine auch aus wirtschaftlichen Gründen getroffene Entscheidung, die neben bei auch noch Menschen aus ihrer Not befreit. Es ist hier auch festzuhalten, dass diese Aussage nicht etwa aus den Reihen der Privatwirtschaft oder der (Wirtschafts-)Politik stammt, sondern aus der Reihe der kirchlichen Organisationen. Wenn nun also eingangs die Bemerkung gemacht wurde, diese zwei Meldungen markierten die Kontrastpunkte des Diskursstranges, der Entwicklungshilfe mit der Förderung der österreichischen Wirtschaft legitimiert, so wird doch auch deutlich, dass hier grundsätzliche Erzählweisen wenn nicht als ident, so dann wenigstens als grundsätzlich kompatibel und auf dieselben Vorstellungen zurückgreifend gelesen werden können. Die Wohlfahrt des „Eigenen“ wird beiderseits als Maxime definiert, nach der es auch in der Entwicklungshilfe zu streben gilt bzw. die in der Entwicklungshilfe durchaus schon begründet liege. Um die Wohlfahrt des „Eigenen“ geht es auch noch anderen AkteurInnen, die sich dieser Legitimationsweise bedienen um ihre Ansprüche zu sichern.

So berichtet die APA im Februar 1971 von den Forderungen der österreichischen Industrie, die in der Entwicklungshilfe eine „*Möglichkeit der langfristigen Marktsicherung*“ sehe und deshalb staatliche Förderungsmaßnahmen fordere, um der „*privaten Entwicklungshilfe einen zusätzlichen Impuls zu verleihen*“ (Basisdienst 1970-1973, 15.02.1971). Hier werden also Eigeninteressen deutlich und unverschleiert artikuliert und mit der Forderung an die Politik bzw. den Staat nach einer Förderung dieser Interessen kombiniert. Eingebettet in den Kontext der Entwicklungshilfe muss diese Forderung auch im Zusammenhang mit den Exportförderungen gesehen werden, die in Österreich sowohl Anfang der 70er Jahre als auch noch in den 80er Jahren einen Großteil der Entwicklungshilfe ausmachten, im internationalen Diskurs allerdings schon Zug um Zug aufs Abstellgleis verfrachtet wurden (Hödl 2004, S. 230f).

Ein weiterer Auszug aus dem Datenmaterial macht noch deutlicher, wie Entwicklungshilfe als wechselseitiger Profit verstanden wird und ganz klar als Mittel zur Förderung der (privat-)Wirtschaft eingeordnet wird. So wird in einem von der APA veröffentlichten Resümee über eine österreichische Musterfarm in Tunesien angemerkt, dass dorthin in den nächsten Jahren „*fünfhundert Zuchtstiere*“ exportiert werden sollten, die zum „*Vorteil des Empfängers wie des Gebers*“ (Basisdienst 1970-1973, 06.07.1972) reichen sollten. Die durch Unterstützung des Staates Österreich errichtete Musterfarm avanciert dadurch zum Großeinkäufer bei

österreichischen Rindzüchtern. Ein Public-Private-Partnership in seiner frühen Form, in der die privaten Unternehmer von staatlichen Investitionen profitieren und ihren Exportabsatz vergrößern können.

Diese Strategie der Suche nach neuen Absatzmärkten steht dabei auch im Einklang mit den internationalen entwicklungspolitischen Diskursen, die vor allem darauf fokussierten, die kapitalistische Peripherie zu inkorporieren und damit der Überproduktionskrise der westlichen Industrieländer Einhalt zu gebieten (Hödl 2004, S. 26f). Abseits der bilateralen Hilfe kommt die Betonung des wirtschaftlichen Profits auch bei der Bekanntgabe multilateraler Entwicklungshilfe nicht zu kurz. So verkündet die SPÖ in einer Parteiaussendung im Oktober 1972, dass der von der Regierung gewährte Kredit zur Weitergabe an einige Entwicklungsländer der „*österreichischen Wirtschaft insofern zugutekommen*“ werde, als dass „*bei Ausschreibungen der Weltbank österreichische Firmen nunmehr bessere Chancen haben werden*“ (Parteiaussendung SPÖ, 05.10.1972). Ein weiteres Mal unterstreicht hier die SPÖ, diesmal in etwas anderem Kontext als dem zu Beginn erwähnten, das Interesse an der Förderung der Wirtschaft durch die Entwicklungshilfe. Ähnlich wird auch im Fall eines Kraftwerkbbaus in Thailand argumentiert, den eine österreichische Firmengruppe vornahm und bei dem die Planung durch Gelder der österreichischen Entwicklungshilfe mitfinanziert worden war. Die APA berichtet hier von einer Pressekonferenz im Verkehrsministerium, bei der über mit dem Projekt „*zusammenhängende Aspekte der Entwicklungshilfe*“ (Basisdienst 1970-1973, S. 22. 06. 1970) gesprochen wurde. Die Verknüpfung von wirtschaftlichen Investitionen und Entwicklungshilfe wird hier ebenso sichtbar wie der Legitimationsdiskurs, der eben diese Verbindung als Vorteil für Österreich und Begründung für Entwicklungshilfe hervorstreicht. Anzumerken ist hier noch, dass sich hier das Verkehrsministerium mit dem Thema der Entwicklungshilfe beschäftigt und nicht etwa das Außen- oder Wirtschaftsministerium. Dies kann mit Sicherheit auch auf die noch relativ unkoordiniert erfolgenden Bemühungen um Entwicklungshilfe zurückgeführt werden, die erst mit dem Entwicklungshilfegesetz 1974 eine etwas klarere Struktur erhielten. Durch dieses wurde zum Beispiel erstmals eine Zieldefinierung der Entwicklungshilfe vorgenommen (Wirtschaftswachstum, Industrialisierung, Deckung der Grundbedürfnisse) (Hödl 2004, S. 240–242).

Als Zwischenresümee kann festgestellt werden, dass die Legitimation der Entwicklungshilfe mittels des Hinweises auf den daraus erwachsenden wirtschaftlichen Vorteil ein Narrativ³ ist,

³ „Die Diskursanalyse als Argumentationsanalyse wurde mehrfach von Martin Wengeler beschrieben und exemplifiziert (vgl. etwa Wengeler 1997a, 1997b und in diesem Heft). “Mit der Argumentationsanalyse soll ein

dessen sich viele AkteurInnen bedienen. Besonders aufschlussreich und interessant ist dies, wenn bedacht wird, dass zum Beispiel auch von Vertretern kirchlicher Organisationen diese Argumentationsweise benutzt wird, um Entwicklungshilfe zu rechtfertigen. Weniger überraschend ist dies zweifelsfrei bei den Vertretern aus der Wirtschaft selbst, hier ist jedoch die auffällige Harmonie zu erwähnen, die zwischen Wirtschaft und Regierung beim Thema der Entwicklungshilfe herrscht. Ein weiterer für die Analyse wichtiger Punkt ist das bisherige Fehlen von Wortmeldungen der größten Oppositionspartei, der ÖVP. In der Tat sind im Zeitraum 1970-1973 keine relevanten Meldungen der ÖVP im APA-Archiv vorgefunden worden. Mag dies zu einem gewissen Grad durch die Stellung als Oppositionspartei begründet sein, so bleibt doch festzustellen, dass Kritik oder Ablehnung dieses von SPÖ, Wirtschaft und Anderen strukturierten Diskurses von Seiten der ÖVP in diesem Zeitraum quasi nicht vorkommt. Umso aufschlussreicher für den nach Erkenntnisgewinn strebenden Archiv-Forscher ist daher die Zeit ab 1987 in der sich die ÖVP wieder an der Regierung beteiligte und mit Alois Mock auch den Außenminister stellte.

So äußert sich Alois Mock 1988 auf einer Enquete mit dem schmeichelnden Titel: „*Die österreichische Wirtschaft im Dienste der Entwicklungszusammenarbeit*“ positiv hinsichtlich einer „*verstärkte[n] Einbindung der Wirtschaft in die Entwicklungshilfe*“, die auch zu einer Steigerung von „*Wachstum und Nachfrage in den Industriestaaten*“ (Basisdienst 1987-1990, 30.11.1989) führen sollte und somit, den Prinzipien der freien Marktwirtschaft folgend, sowohl Geber- als auch Empfängerländern nutzen sollte. Die Wirtschaft wird also einerseits als integraler Bestandteil der Bemühungen österreichischer Entwicklungshilfe gesehen, die wegen der von ihr zu erwartenden Professionalität und Effizienz geschätzt wird und zu einer Hilfe zur Selbsthilfe" beitragen könne (Basisdienst 1987-1990, 30.11.1989). Andererseits wird aber auch das Potential zur Schaffung von Wachstum und Wohlfahrt in Österreich durch das Involvieren

Zugang geschaffen werden zu den in einem Diskurs zu einer bestimmten Zeit dominanten Denkmustern, da diese sich besonders in öffentlichen Debatten immer auch in Argumentationen pro oder contra politische Entscheidungen, Überlegungen und Meinungen niederschlagen“ (1997b, S. 98). Den Ausgangspunkt einer Argumentationsanalyse bildet für Wengeler die Feststellung, dass sich “in den analysierten Texten, die zu einem Diskurs gehören, Argumentationsmuster und Aussagen wiederholen und es [...] die Aufgabe ist, für die einzelnen Diskurse typische Grundmuster zu rekonstruieren und diese Grundmuster zu vergleichen” (1997a, S. 123). Wengeler ist sich bewusst, dass seine Analyse ein subjektiver Akt ist, wenn es darum geht, die “der Überzeugungskraft einer Argumentation zugrundeliegenden Topoi aus dem Geäußerten” zu erschließen (1997a, S. 125). Beim Spagat zwischen Kontextabstraktheit der Argumentationsmuster und Kontextrelevanz einzelner Argumentationen bedient er sich des Topos-Begriffs der antiken Rhetorik, den er für seine Zwecke erweitert. Er versucht, eigene Kategorisierungen von Argumentationsmustern für spezifische Diskurse zu entwerfen, wobei er sprachthematisierende und für einen Diskurs spezifische Argumentationstopoi unterscheidet (vgl. Jung u. Wengeler 1999, S. 154ff.).“ (Bloom, Claudia, Dirk Deissler, Joachim Scharloth, Anja Stukenbrock. 2013. Linguistische Diskursanalyse: Überblick, Probleme, Perspektiven. / http://scharloth.com/publikationen/scharloth_diskursanalyse.pdf, 2.3.2015) siehe auch Wengeler 2013

der Wirtschaft in die Entwicklungshilfe hervorgehoben. Es geht hier nicht in erster Linie um eine Verbesserung der Entwicklungshilfe im Sinne der Entwicklungsländer, sondern ganz deutlich auch um eine Entwicklungshilfe, die auf die Bedürfnisse und Ansprüche der westlichen Geber, in diesem Fall Österreich, ausgelegt ist. So wird von der ÖVP auch eine „*bessere Kooperation mit der Wirtschaft bei der Vergabe der Mittel*“ (Basisdienst 1987-1990, 26.8.1987) gefordert, wodurch deutlich wird, dass hier auch bei der grundsätzlichen Ausrichtung der Schwerpunkte der österreichischen Entwicklungshilfe die Privatwirtschaft als maßgeblicher Akteur angesehen wird.

Aber nicht nur das Außenministerium unter ÖVP-Führung, sondern auch andere, unter SPÖ-Führung stehende Ministerien sehen die Wirtschaftsförderung und damit verbundenes Wirtschaftswachstum in Österreich als wichtige Grundlage der Legitimation von Entwicklungshilfe. So sieht Innenminister Karl Blecha nach einer Reise nach Saudi-Arabien, dass sich auf dem „*Gebiet der Wirtschaft und Entwicklungshilfe hoffnungsvolle Perspektiven für österreichische Mittelbetriebe*“ (Basisdienst 1987-1990, 12.02.1987) auf tun. Das Potential der Entwicklungshilfe wird versucht zu vermitteln als Investitionsraum für Betriebe und damit als unmittelbare Ankurbelung der österreichischen Wirtschaft. Hier treffen Forderungen und Vorstellungen der (Regierungs-)Politik und der Privatwirtschaft zusammen nach deren Ansicht ebenfalls auf „*wirtschaftliche Überlegungen bei der Vergabe der Mittel stärker [...] Rücksicht genommen werden*“ (Basisdienst 1987-1990, 27.04.1987) müsse, wie der Leiter der Außenhandelsabteilung der Bundeskammer für Wirtschaft (heute Wirtschaftskammer Österreich) Friedrich Gleissner betonte. Bereits in der Legitimation werden also Argumente präsentiert, die dann auch bei der Auswahl der konkreten Zielländer der österreichischen Entwicklungshilfe eine Rolle spielen sollen, da die österreichische Entwicklungshilfe dort ansetzen müsse, wo „*Projekte nach wirtschaftlichen Kriterien durchgezogen werden*“ (Basisdienst 1987-1990, 27.04.1987) und nicht etwa zum Beispiel nach dem Kriterium, wo österreichische Hilfe den Empfängern am meisten nützen könnte. Für den Diskursstrang der „Förderung der österreichischen Wirtschaft durch Entwicklungshilfe“ ist dies ein Kernelement in der Begründungsstrategie der Entwicklungshilfe.

Aus diesen Feststellungen können einige Schlussfolgerungen gezogen werden: Es wird vor allem deutlich, dass ein Bedienung am Diskursstrang „Wirtschaftsförderung“ nicht so sehr geprägt ist durch eine spezifische ideologische Positionierung (sozialdemokratisch vs. christlich-konservativ; kirchlich vs. privatwirtschaftlich), sondern vielmehr durch die zum jeweiligen Zeitpunkt eingenommene Position im Diskurs. Nicht der ideologische Ort sondern der eingenommen Platz in der Ordnung der Macht bestimmen die Diskurspositionen der

Akteure, besonders jener der politischen Parteien. Der Unterschied zwischen Opposition und einem Platz in der Regierung bestimmt die Strategien der Legitimationen der Entwicklungshilfe stärker als jene der Parteiprogramme. Dies hindert jedoch auch andere Akteure nicht daran, sich diesem Diskurs anzuschließen. Bei Akteuren der Privatwirtschaft noch wenig verwunderlich, da von starkem Eigeninteresse geleitet, ist es doch auf den ersten Blick unerwartet, dass sich auch Akteure der Zivilgesellschaft bzw. kirchliche Organisationen dieser Strategie bedienen. Dies macht deutlich, dass sich die internationalen entwicklungspolitischen Konzepte der 1960er und 70er Jahre, wie zum Beispiel die unumstrittene Regentschaft des Wirtschaftswachstums, sowohl auf Geber- als auch auf Nehmerseite, als oberstes Ziel der Entwicklungshilfe tief in den gesellschaftlichen Diskurs der (entwicklungspolitischen) Öffentlichkeit eingeschrieben haben. Die Äußerungen und Strategien der in diesem Diskurs agierenden kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure sind davon ebenso geprägt wie jene der politischen Verantwortungsträger.

Weiters muss die beschriebene Legitimationsweise in den Kontext einer aus dem globalen Machtkampf zwischen Ost und West, zwischen Kapitalismus und real existierenden Sozialismus, entspringenden (wirtschafts)politischen Erwartungshaltung gegenüber Österreich gesehen werden. Bereits mit der oft als Beginn der Entwicklungshilfe zitierten Antrittsrede von Harry S. Truman vor dem Kapitol in Washington im Jahre 1949 war die Entwicklungshilfe als Instrument zur Gewinnung der „unterentwickelten“ Länder für den Kapitalismus und die westliche Gesellschaftsordnung basierend auf freier Marktwirtschaft ausgelegt. Im Sinne dieser Ausrichtung agierte auch das „neutrale“ Österreich als Förderer der Öffnung der Märkte der Entwicklungsländer und positionierte sich damit in einem Kontext globaler Spannungen auf Seiten des antikommunistischen Westens, was sich im Übrigen auch an der Vergabepaxis der Entwicklungshilfe in den 70er und 80er Jahren zeigte (Hödl 2004, S. 246). Allerdings macht sich in den 70er Jahren verstärkt eine neue Konfliktlinie bemerkbar, die sich entlang der Einteilung in „entwickelte“ und „unterentwickelte“ Länder zieht und auch als Nord-Süd-Beziehungen bezeichnet wird (Hödl 2004, S. 207f).

Die Förderung der österreichischen Wirtschaft kann also abschließend als für die Entwicklungshilfe legitimatorischer Narrativ bezeichnet werden, in dem sich verschiedene Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft bzw. der Kirche wiederfinden und bei dem die Partizipation weniger an ideologische Positionen gebunden ist als an die Positionen im gesellschaftlichen Machtgefüge.

Folgend wird nun ein Narrativ behandelt, der quasi das Gegenstück zur Legitimationsstrategie, die soeben vorgestellt wurde, bildet. Es handelt sich hierbei um jenen der „internationalen Solidarität“ welcher - entgegen der Vermutung eines sozialistisch-sozialdemokratisch konnotierten Begriffes der internationalen Solidarität entstehen könnte - keineswegs nur von der SPÖ geführt wurde.

4.2. Auf den Heringsschmaus verzichten - Entwicklungshilfe als moralisch-politische Verpflichtung

„Zu Fragen der Entwicklungshilfe betonte Kreisky, dass diese kein Instrument der internationalen Beeinflussung sein dürfe, keine Belohnung für das Wohlverhalten der Völker: „gerade wir internationalen Sozialdemokraten sollen uns von den Grundsätzen der internationalen Solidarität leiten lassen““ (Parteiaussendung SPÖ, 18.04.1972)

„Bei der Entwicklungshilfe verwies Mock auf die beiden Maßstäbe für christdemokratische Politiker: diese Hilfe müsse der Freiheit und Würde der Person dienen, also zur Beseitigung politischer Unterdrückung beitragen, ferner müsse sie dem sozialen Fortschritt in den Empfängerländern dienen.“ (Basisdienst 1987-1990, S. 07.04.1988)

Die einleitenden Zitate spannen das Spektrum des Diskursstranges auf, bei dem Entwicklungshilfe weniger unter ökonomischer Perspektive gesehen wird, sondern viel mehr als Mischung aus politischen und moralischen Verpflichtungen betrachtet wird. Dabei sind die Begriffe der Solidarität und der humanitären/karitativen Wohltätigkeit zentral, die jeweils für eher an politische bzw. eher an moralische Kategorien orientierte Legitimationen für Entwicklungshilfe stehen. Allerdings ist diese Kategorisierung keinesfalls als trennscharf zu verstehen, sondern ist in den meisten Fällen als Vermischung von (politischer) Solidarität und (moralischer) Wohltätigkeit zu betrachten. Aus den obigen Zitaten wird die Verwendung dieser Begrifflichkeiten bereits zum ersten Mal deutlich. Denn grundsätzlich steht vor allem der Begriff der „Solidarität“ in einer sozialistisch-sozialdemokratischen Tradition, anschließend an die internationale Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die mit diesem Wort das „Zusammenhalten mit jemandem aufgrund gleicher Anschauungen und Ziele“ (Duden 2013), auszudrücken versuchte. Währenddessen steht die humanitäre Wohltätigkeit, die Caritas, eher in einem kirchlichen Kontext der Nächstenliebe als christlicher Tugend, wie sich zum Beispiel auch durch die Benennung der „Caritas“ als eine der wichtigsten kirchlichen Hilfsorganisationen ausdrückt.

Von diesem Alltagswissen ausgehend, liefern die oben vorangestellten Zitate bereits interessante Einsichten in die Struktur des Diskurses bzw. seine möglichen Ausprägungen. So spricht der damalige Bundeskanzler Bruno Kreisky am Parteitag der SPÖ in Villach im April 1972 davon, dass *„Entwicklungshilfe kein Instrument der internationalen Beeinflussung sein dürfe, keine Belohnung für das Wohlverhalten der Völker“* und dass sich gerade die *„internationalen Sozialdemokraten [...] von den Grundsätzen der Solidarität leiten lassen“* müssten (Parteiaussendung SPÖ, 18.04.1972). Hier steht also zuallererst die Proklamation einer politischen Unabhängigkeit der Entwicklungshilfe, die nicht der politischen Beeinflussung der Entwicklungsländer dienen solle. Verstärkt wird diese Botschaft durch eine Äußerung des damaligen Außenminister Rudolf Kirchschläger angeführt wird, der bei einer Ansprache vor katholischen Organisationen am Stephansplatz die Entwicklungshilfe als *„eine Politik der verständnisvollen und hilfsbereiten Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern“* (Basisdienst 1970-1973, 22.12.1970) bezeichnete. Es finden sich noch weitere Fragmente im Diskursstrang der moralisch-politisch legitimierten Entwicklungshilfe, die auf die oftmals schwer zu trennende Verwendung von Solidarität und Caritas hindeuten. So spricht Kreisky im Oktober 1972 vor Jugendlichen und betont, dass *„man mit der Entwicklungshilfe keine politischen Bedingungen verknüpfen [kann], vielmehr muss diese Hilfe so gestaltet werden, dass sie in den Empfängerländern nicht politisch missbraucht werden kann“* (Parteiaussendung SPÖ, 31.10.1972). Politische Konditionalität, die Orientierung an Grundsätzen z.B. der sozialistischen Internationalen, wird hier zumindest rhetorisch als Vergabekriterium von Entwicklungshilfe ausgeschlossen und damit der Anspruch einer spezifischen sozialistisch oder auch sozialdemokratisch geprägten Solidarität zurückgewiesen.

Nicht nur die SPÖ ordnet sich solch einer moralisch begründeten Entwicklungshilfe zu, auch in der Zivilgesellschaft ist diese Vorstellung zu finden. So bekunden einige in der Entwicklungshilfe tätige kirchliche und zivilgesellschaftliche Organisationen in einem Brief an Bundeskanzler Kreisky ihre Solidarität mit der Bevölkerung der Entwicklungsländer und konstatieren, dass *„die Not der Entwicklungsländer Motiv und Rechtfertigung für einen angemessenen Beitrag zur Entwicklungshilfe“* (Basisdienst 1970-1973, 08.07.1972) sei. In kirchlichen Organisationen wird die moralische Verpflichtung zur Entwicklungshilfe besonders propagiert. So wird zum Beispiel von der katholischen Männerbewegung der Diözese Eisenstadt gefordert, den *„Heringsschmaus nicht in der Fastenzeit“* zu konsumieren und *„am Aschermittwoch und an Freitagen (sic!) [zu] beweisen, dass man sich auch beim Essen bescheiden kann“*; damit wird an die *„Bedeutung des Teilens mit den Menschen in den Ländern der Dritten Welt“* (Basisdienst 1987-1990, 17.02.1987) erinnert. Als in einer christlich-sozialen

Tradition stehende Partei wusste auch die ÖVP den christlich inspirierten moralischen Diskurs zur Legitimation von Entwicklungshilfe zu bedienen. So heißt es zum Beispiel in einer Parteiaussendung von 1972 dass *„ein Großteil der Menschheit noch immer unter unwürdigen Verhältnissen und in Not lebt“*, und dass dieser Zustand aus *„humanitären Erwägungen“* (Parteiaussendung ÖVP, 08.05. 1972) beseitigt werden müsse. Knapp 15 Jahre nach dieser Aussage sieht Vizekanzler Alois Mock ebenfalls die *„direkte[n] Hilfe an die betroffene Bevölkerung“* als wichtigste Begründung für Entwicklungshilfe, die aus *„Nahrungsmittelhilfe, Katastrophenhilfe und [einem] Beitrag zur Bildung“* (Basisdienst 1987-1990, 13.01.1988) bestehen müsse. Anlässlich einer Ausstellung zum Thema Entwicklungshilfe meint Kanzleramtsminister Heinrich Neisser von der ÖVP, dass Entwicklungshilfe *„den Grad der Menschlichkeit einer Gesellschaft und eines Staates“* angebe und somit Entwicklungshilfe als humanitären Akt der den Fortschritt einer Gesellschaft zeigte rechtfertigt und damit gleichzeitig den „Entwicklungsländern“ diese Menschlichkeit nicht zugesteht.

Es kann also konstatiert werden, dass eine moralisch geprägte Legitimationsweise von Entwicklungshilfe entsprechend einem eher christlich geprägten Verständnis von Caritas quer durch das Akteursspektrum zu finden ist und sich auch in beiden analysierten Zeitabschnitten wiederfindet. Jedoch muss die Einschränkung gemacht werden, dass sich die SPÖ in diesem Diskursstrang lediglich in den 70er Jahren einordnet und andererseits die ÖVP in diesen Diskurs dann vor allem in den späten 80er Jahren einsteigt. Hier bereits denselben Schluss zu ziehen wie im vorigen Kapitel, nämlich jene, dass die Position im gesellschaftlichen Machtgefüge die Diskursäußerungen eher bestimmt als die politische-ideologische Positionierung, scheint plausibel, ist allerdings noch etwas verfrüht. Denn zuvor gilt es noch herauszuarbeiten, inwiefern sich die spezifische Prägung der moralisch-politischen Legitimation von Entwicklungshilfe hinsichtlich einer verstärkt politisch konnotierten Solidarität verhält. Allerdings kann bereits festgestellt werden, dass eine klare Zuordnung moralischer Legitimationen von Entwicklungshilfe, also Entwicklungshilfe als karitative Wohltätigkeit, zu einer politischen Strömung nicht möglich ist. Genauso wenig wie sich die Verwendung dieser Legitimationsweise auf die kirchlichen Organisationen der Zivilgesellschaft beschränkt, sondern das gesamte Akteursspektrum umfasst. Dass Selbiges allerdings auch für einen eher politisch konnotierten Begriff, dem der Solidarität, zutreffend ist, soll nun an einigen Beispielen verdeutlicht werden.

Als Inbegriff der politischen Solidarität kann wohl die das ideologische Grundkonzept der Gewerkschaften gelten. Ein Teil dieser Gewerkschaft, nämlich die internationale

Transportanbieter Gesellschaft, positioniert sich bei einem internationalen Treffen in Wien hinsichtlich der Rolle der Gewerkschaften folgendermaßen: die „*internationalen Gewerkschaftsorganisationen [...]sollen] beim Aufbau der Gewerkschaften in den Entwicklungsländern tatkräftig mithelfen*“ (Basisdienst 1970-1973, 02.08.1971) und dadurch ein menschenwürdiges Leben für alle Arbeiter ermöglichen.

Der österreichische Gewerkschaftsbund schließt in einer Generalversammlung an diese Vorstellung des gemeinsamen Aufbaus einer internationalen Arbeiterbewegung an und weist darauf hin, dass der ÖGB bereits seit langem durch die „*Ausbildung von Facharbeitern, technischen Instruktoren, Berufsschullehrern und nicht zuletzt Gewerkschaftsfunktionären aus zahlreichen Entwicklungsländern*“ zu einer Organisation der ArbeiterInnenschaft in den Entwicklungsländern einen solidarischen Beitrag leiste (Basisdienst 1987-1990, S. 17.03.1988).

Von Seiten der SPÖ wurde diese Haltung unter anderem durch den Nationalratsabgeordneten (bis Ende 1971) und Präsidenten der Sozialistischen Internationalen, Bruno Pittermann unterstützt, der in einer Rede bei einer Versammlung der Sozialistischen Internationalen betonte, dass „*die Parteien des demokratischen Sozialismus [...] die Befreiungsbewegungen der Völker, gegen den politischen Imperialismus wie gegen den Neo-Kolonialismus kapitalistischer Monopole*“, unterstützen würden und dafür ein „*seitens der Gemeinschaft [...] hohes Maß von Entwicklungshilfe*“ (Basisdienst 1970-1973, 26.06.1972) beizusteuern bereit wären. Im Gegensatz zu den von Kreisky getätigten Aussagen zeigt sich hier die politische Dimension der Entwicklungshilfe bzw. der „internationalen Solidarität“ sehr stark. Solidarität ist hier auch verbunden mit der Forderung nach einem sozialistischen Fortschritt und mit Bedingungen, an denen sich die Vergabe von Mitteln der Entwicklungshilfe orientieren müsse. Dies wird noch deutlicher in einem APA Bericht aus einer Nationalratsdebatte über Entwicklungshilfe im Juni 1989, bei der Peter Jankowitsch, damaliger Außenminister und Nationalratsabgeordneter der SPÖ, erläutert dass sich die „*SPÖ [...] gegen einen verschwommenen Entwicklungshilfe-Begriff*“, stelle und „*aus politischen Gründen Partei für die Befreiungsbewegungen wie den Afrikanischen Nationalkongress (ANC), die Südwesafrikanische Volksorganisation (SWAPO) und die Sandinistische Nationale Befreiungsfront (FSLN)*“ ergreife, da „*Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik [...] nicht von der Außenpolitik losgelöst werden*“ (Basisdienst 1987-1990, 24.06.1989) könnten. Hier ist also eine eindeutige Positionierung der SPÖ sichtbar, die dafür plädiert, die Vergabe der Entwicklungshilfe nach politischen Kriterien vorzunehmen. Auch die Vorsitzende der SPÖ-Frauenorganisation, Johanna Dohnal, sah den Sinn und Zweck von durch die SPÖ-Frauen

organisierter Entwicklungshilfe darin „*Feuerwehr für jene Gebiete, die durch den Rost der gegenwärtigen offiziellen österreichischen Entwicklungshilfe fallen*“ zu spielen. Sie hatte dabei ein Projekt für die „*Frauen in den Lagern der saharauischen Befreiungsfront Frente POLISARIO*“ (Basisdienst 1987-1990, 12.05.1989) im Sinn.

Doch nicht nur die SPÖ sieht sich dazu angehalten, politische Ziele als Legitimation für Entwicklungshilfe heranzuziehen. So kommt schon anhand des Eingangs angeführten Zitates zum Vorschein, dass auch die ÖVP politische Interessen mit Entwicklungshilfe verknüpft, sagt doch Vizekanzler und Außenminister Alois Mock in einem Pressegespräch, dass die „*Entwicklungshilfe [...] für christdemokratische Politiker [...] der Freiheit und Würde der Person dienen*“, müssen und daher auch „*zur Beseitigung politischer Unterdrückung beitragen*“, was wiederum dem „*sozialen Fortschritt in den Empfängerländern diene*.“ (Basisdienst 1987-1990, 07.04.1988). An anderer Stelle betont Mock, der Argumentation von politischer Konditionalität folgend, dass „*als Prinzip bilateraler Hilfe*“, immer gelten müsse, dass „*durch diese Entwicklung demokratische Prozesse unterstützt werden*“ (Basisdienst 1987-1990, 27.02.1987).

Abseits des oben bereits erwähnten gewerkschaftlichen Solidaritätsverständnisses gibt es in der zivilgesellschaftlichen öffentlichen Debatte noch weitere Akteure, die sich diesem Diskurs zuordnen lassen. So plädiert zum Beispiel der Jugendrat für Entwicklungshilfe dafür, „*die Probleme der Entwicklungsländer*“, vor allem dadurch zu beseitigen, dass das „*Bewusstsein für die Notwendigkeit einer gerechteren Ordnung dieser Welt*“ (Basisdienst 1970-1973, 08.11.1971) gestärkt werde. Damit steht der Jugendrat für Entwicklungshilfe nahe dem Wiener Institut für Entwicklungsfragen, das am Entwicklungshilfetag im Oktober 1973 Debatten anstoßen will zur „*Erarbeitung von Strategie[n], die auf die Überwindung der auf wirtschaftlichem, sozialem, kulturellem und politischem Gebiet herrschenden Ungerechtigkeiten gerichtet sind*“ (Basisdienst 1970-1973, S. 24.10.1973), und damit ebenfalls politische Solidarität mit den Ländern der Dritten Welt einfordert.

Moralisch legitimierte Wohltätigkeit und politische legitimierte Solidarität im Bereich der Entwicklungshilfe können also abschließend betrachtet zwar unterschieden werden, allerdings ist eine klare Zuordnung zu einzelnen Akteuren aufgrund ihrer angenommenen politisch-ideologischen Position nur in seltenen Fällen möglich. So zeigt sich zum Einen, dass die Entwicklungshilfeorganisationen der katholischen Kirche, wenig überraschend, vor allem auf das Motiv der christlich motivierten moralischen Tätigkeit zurückgreifen, wie exemplarisch an einer Textstelle gezeigt wurde. Zum anderen soll noch erwähnt werden dass sich auf Seiten der (privat)wirtschaftlichen Akteure keine Äußerungen dem Diskurs der moralisch-politischen

Legitimierung zuordnen lassen. Für alle anderen Akteure gilt allerdings, dass sie sich der Argumentationsweise der politischen bzw. moralischen Legitimation sehr wechselhaft bedienen.

Aufschlussreich bei der Interpretation des Diskursstranges ist weiters das Faktum, dass sich die VertreterInnen der SPÖ Ende der 80er Jahre immer noch vehement für eine politische Solidarität mit den sogenannten „Befreiungsbewegungen“ aussprechen. Daran ist auch ersichtlich, wie innen- und außenpolitische Faktoren das Narrativ der Entwicklungshilfe bestimmen. So kam es mit der Übernahme der Entwicklungshilfeagenden durch die ÖVP 1987 einerseits zu massiven Kürzungen der Entwicklungshilfegelder für (eher SPÖ-nahe) Organisationen der Entwicklungshilfe (wie zum Beispiel die ÖIE-Krise im Jahr 1988 zeigt). Andererseits wurde Seitens der SPÖ auch befürchtet, dass den langjährigen Schwerpunktländern in der Entwicklungshilfe, wie zum Beispiel Nicaragua, aufgrund ideologischer Differenzen der ÖVP die Gelder gestrichen würden. Es kam zwar zu keinen Kürzungen, doch wurde letzten Endes El Salvador als konservatives Gegenstück zum sandinistischen Nicaragua ausgewählt, um als Zielland der österreichischen Entwicklungshilfe zu fungieren (Hödl 2004, S. 254–259). Eine verschärfte Betonung der politischen Solidarität, wie zum Beispiel von Peter Jankowitsch vorgenommen, muss auch in diesem Licht betrachtet werden.

Die ÖVP intensiviert in der Periode von 1987 bis 1990 ebenfalls die Bekundung von politischen Konditionalitäten als wichtige Legitimation von Entwicklungshilfe. Besonders für die Entwicklungshilfepolitik der ÖVP ist festzustellen, dass diese Ende der 80er Jahre sehr vom internationalen Entwicklungshilfediskurs beeinflusst ist, der immer mehr auf konkrete politische Konditionalitäten fokussiert und dem Vorschreiten eines neoliberalen Wirtschaftsmodell den Weg ebnen soll (Hödl 2004, S. 181–183). Der Wirtschaftsliberalismus der ÖVP gewinnt hier sichtlich an Terrain verglichen mit der Anfang der 70er Jahre dominierenden moralischen Legitimationsweise und schwächt den christlich-sozialen Flügel. Die von den Parteien geforderte politische Solidarität ist also unterschiedlicher Art und könnte durchaus auch politisch-ideologische Trennlinien sichtbar werden lassen. Entgegen dem im vorigen Kapitel gezogenen Schluss, dass eher die Machtposition im gesellschaftlichen Gefüge die Diskursposition der Akteure bestimmt kann in diesem Fall festgestellt werden, dass, vor allem bei der politischen Legitimationsweise von Entwicklungshilfe, politische-ideologischen Trennlinien eine maßgebliche Rolle zukommt.

Wurden bisher die zwei quantitativ relevantesten Diskursstränge der Legitimation von Entwicklungshilfe vorgestellt, analysiert und interpretiert, so wird sich die Darstellung im

nächsten Unterkapitel noch einmal etwas verändern. Denn in diesem wird zuerst ein historisch begründeter Narrativ skizziert, der einige für den österreichischen Diskurs spezifische Kriterien aufweist und sich im Wesentlichen aus zwei Diskursen zusammensetzt.

4.3. Österreichs besondere Rolle

Nach der Befreiung vom nationalsozialistischen Regime durch die Alliierten wurde mit der Gründung der 2. Republik ein Projekt in Angriff genommen, das vielseitiger Unterstützung bedurfte. So wurde zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der sogenannte „Marshall-Plan“ ausgeführt und daneben auch Maßnahmen von den Alliierten, allen voran den USA, ergriffen, um die Identifikation des „Staatsvolkes“ mit der 2. Republik zu stärken. In den 70er Jahren konnte dieses Projekt durchaus bereits als gelungen bezeichnet werden und deutsch-nationale Positionen waren im politischen Diskurs nur noch durch die, mit marginaler Bedeutung kämpfende, FPÖ präsent. Die Identifikation mit dem „österreichischen Weg“ hatte dabei sehr viel mit dem Begriff der Neutralität zu tun. Und diese Identifikation machte sich auch im Bereich der Außenpolitik und somit bei der Entwicklungshilfe bemerkbar. Deshalb gelangt auch der außen- und entwicklungspolitische Diskurs zu seiner spezifischen Gestalt, in der neben der Neutralität zum Beispiel die fehlende koloniale Vergangenheit eine Rolle spielt. In diesem (historischen) Kontext etabliert sich eine Erzählweise, die auf jene Begrifflichkeiten (Neutralität, keine koloniale Vergangenheit) rekurriert und somit von einem Alleinstellungsmerkmal Österreichs ausgeht, das gleichzeitig auch als (zumindest) Partei übergreifendes Kollektivsymbol fungiert. Der Bezug auf die Neutralität und die „Unbeflecktheit“ des österreichischen Verhältnisses zur „Dritten Welt“ birgt das Potential, über parteipolitische Grenzen hinweg die Besonderheit und Unverzichtbarkeit des österreichischen Staates hervorzuheben. Eingebettet ist dieses konsensuale Moment in der österreichischen Entwicklungshilfepolitik darüber hinaus in internationale Prozesse der „Professionalisierung“ der internationalen Entwicklungshilfe, mit der gleichzeitig die Entstehung einer „Marke Österreich“ einhergeht, die es auf dem Weltmarkt und daher auch in im „Aid-Business“ zu repräsentieren gilt.

Die Bezugnahme auf das Konzept der Neutralität ist dabei aber gerade als politische Strategie zu werten, um das eigene Handeln zu immunisieren und als „unverdächtig“ oder „unaufdringlich“ (siehe Zitate in den Kapiteln 4.3.1. und 4.3.2.) zu charakterisieren. Dass allerdings hinter der österreichischen Entwicklungshilfe unterschiedliche Interessen verschiedener Akteure stehen, wurde bereits in den ersten beiden Kapiteln deutlich gemacht und ist auch in den folgenden Kapiteln ersichtlich.

Denn neben der Selbstversicherung der eigenen Bedeutsamkeit geht es im Legitimationsdiskurs

der Entwicklungshilfe auch darum, die Bedeutsamkeit gegenüber den anderen Geberländern zu manifestieren und zu versichern. In diesem Zusammenhang ordnet sich die Entwicklungshilfepolitik in eine Außenpolitik ein, die vor allem darauf bedacht ist, das Ansehen Österreichs in der internationalen Staatenwelt zu stärken. Wie diese Diskurse der Selbstbehauptung und Selbstlegitimation aussehen, soll nun anhand zweier Diskursstränge nachvollziehbar gemacht werden.

4.3.1. Keine Gefahr des Neokolonialismus gegeben - Legitimation der Entwicklungshilfe durch die österreichische Vorbildfunktion

„Bei einem kleinen Staat wie Österreich [besteht] keine Gefahr des Neokolonialismus“ (Aussendung Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe, 06.07.1971)

„Österreich als neutrales Land könnte [...] im besonderen Maße über die Idee der Entwicklungshilfe aufklären“ (Kreisky, Basisdienst 1970-1973, 21.06.1971)

Die einleitenden Worte über die Entstehung der 2. Republik wurden nicht zufällig gewählt, sondern stehen im Zusammenhang mit der Ausprägung der Entwicklungshilfe und ihrer, zumindest in diesem Falle, spezifisch österreichischen Legitimation. Mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages und der Proklamation der „immerwährenden Neutralität“ gingen auch in der Entwicklungshilfepolitik Versuche einher, diese Neutralität als möglichen „3. Weg“ zwischen „West“ und „Ost“ zu propagieren. Dieser Diskurs eines vorbildhaften Österreichs ist einer, der in der Rechtfertigung von Entwicklungshilfe des Öfteren auftaucht, wenn auch nicht in solcher Vehemenz wie die bereits vorgestellten Argumentationsweisen. So meint der parteilose Außenminister Rudolf Kirchschläger 1971, dass *„Österreichs Außenpolitik [...] dadurch eine aktive Neutralitäts-Politik geworden“*, sei, dass *„es mit der weltpolitischen Entwicklung die geistigen und wirtschaftlichen Grenzen eines Binnenstaates überwunden habe“*, und durch seine *„immerwährende Neutralität [...] am universellen Frieden durch sein Beispiel mitwirken“* (Basisdienst 1970-1973, 05.05.1971) könne. Dass diese Rolle in der Außenpolitik gerade auch im Bereich der Entwicklungshilfe von Bedeutung ist, erläutert Bruno Kreisky, wenn er in einem Referat vor ParteikollegInnen und VertreterInnen der Presse meint, dass *„Österreich als neutrales Land [...] deshalb im besonderen Maße über die Idee der Entwicklungshilfe aufklären“* (Basisdienst 1970-1973, 21.06.1971) könne und somit implizit andeutet, dass Österreich sowohl eine Vorbildwirkung für die Empfängerländer erfülle, als auch für die Geberländer. Jankowitsch bestätigt und intensiviert diese Sichtweise des neutralen Vorbilds Österreichs in den späten 80er Jahren, als er angibt, dass *„der neutrale Staat [...] sozusagen der gesamten Weltgemeinschaft zur Verfügung stehen [müsse,] für die Funktionen,*

die der Neutralität innewohnen, also z.B. Vermittlung, Übernahme von politischen oder humanitären Aufgaben". (Basisdienst 1987-1990, 23.02.1987). Gleiches fordert auch der SPÖ-Nationalratsabgeordnete Jankowitsch wenige Monate später, wenn er als *„Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik“* die Entwicklungshilfepolitik nennt und dabei *„Österreich [als] idealen Vermittler“* (Basisdienst 1987-1990, 12.05.87) positioniert sieht. Die Neutralität wird hier also gleichzeitig als Verpflichtung gegenüber der internationalen Gemeinschaft und als besonderes Eignungskriterium für Leistungen auf dem Gebiet der Außenpolitik und der Entwicklungshilfe beschrieben.

Ebenfalls in diesem Kontext können Aussagen gesehen werden, die darauf hinweisen, dass Österreich allein deshalb für *„unaufdringliche Entwicklungshilfe“*, geeignet sei, da es *„nie in seiner Geschichte Kolonien besessen habe“* (Basisdienst 1970-1973, 05.05.1971), wie es Rudolf Kirschschräger in einer schon zuvor zitierten Rede vor der akademischen Vereinigung in Innsbruck ausdrückt. Ganz in diese Richtung deutet aber auch eine Verlautbarung der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe, die für die österreichische Entwicklungshilfe mehrere gut geeignete Umstände ausmacht und damit Neutralität und Abwesenheit von kolonialer Belastung verknüpft: *„Bei einem kleinen Staat wie Österreich [bestehe] keine Gefahr des Neokolonialismus, es fehle auch jegliche psychologische Belastung, da Österreich nie eine Kolonialmacht gewesen ist. Außerdem sei Österreich als neutraler Staat besonders zur Mithilfe am Abbau sozialer Spannungen verpflichtet“* (Aussendung Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe, 06.07.1971). Auch der Wiener Weihbischof Florian Kuntner, Präsident der kirchlichen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden („Justitia et Pax“), spricht sich dafür aus, dass Österreich *„verstärkt die Rolle des Friedensstifters in der internationalen Staatengemeinschaft übernehmen könnte“* (Basisdienst 1987-1990, 28.3.1988) und sieht damit Österreich aufgrund seiner besonderen Eigenschaften explizit als für diese Vermittlerrolle geeignet an.

Es zeigt sich also eine enge Verknüpfung zweier „Besonderheiten“ der Eignung des österreichischen Staates für Entwicklungshilfe:

Zum Einen der Hinweis auf die Neutralität und die damit verbundene Vorbildfunktion und besondere Eignung als „Vermittler“ in der Entwicklungshilfe. Die Bedienung am Begriff der Neutralität muss dabei auch im Kontext des „Ost-West“ Konfliktes gesehen werden, bei dem sich Österreich als keinem der Blöcke zugehörig zu positionieren versuchte bzw. zumindest nach außen hin den Anschein erwecken wollte, auch immer ein potentieller Ansprechpartner für die Länder der sogenannten „Blockfreien Bewegung“ zu sein und damit einen „3. Weg“ zwischen Kapitalismus und dem real existierenden Sozialismus der Sowjetunion anzubieten

(Hödl 2004, S. 89–93). Dass diese Bemühungen fast ausschließlich auf die SPÖ zurückzuführen waren, ist im Datenmaterial sehr deutlich sichtbar geworden. Neutralität als Eignungskriterium für Entwicklungshilfe (oder Außenpolitik) ist also auch als politische Strategie zu verstehen, die darum bemüht ist die eigene geo-politische Verordnung zu überdecken. Bezüglich der temporalen Einordnung ist bemerkenswert, dass sich auch mit dem beginnenden Zerfall der Sowjetunion Ende der 80er Jahre keine wesentlichen Veränderungen im Diskursstrang der Legitimation von Entwicklungshilfe durch Vorbildfunktion und besondere Eignung feststellen lässt. Diese „Neutralitätsfunktion“, wie der Rückgriff auf den politisch-historischen Begriff hier genannt werden soll, ermöglicht eine Legitimation der Entwicklungshilfe und trägt damit zu jenem Diskurs bei, der im nächsten Kapitel vorgestellt werden soll.

Zum Anderen wird ein Argument in den Legitimationsdiskurs eingeführt, dass sich noch stärker auf die geschichtliche Vergangenheit Österreichs bezieht. In diesem wird die besondere Eignung Österreichs für die Entwicklungshilfe mit dem Fehlen einer kolonialen Vergangenheit begründet. Hier versammeln sich Akteure der Zivilgesellschaft, der SPÖ und der Kirche und streichen die „unverdächtige“ Vergangenheit Österreichs hervor. Abseits etwaiger aktueller Diskussionen über einen möglichen Status Bosniens als Kolonie in der Habsburgermonarchie zu Beginn des 20. Jahrhunderts bleibt hier festzustellen, dass Kolonialismus und die daraus entstehende „Unterentwicklung“ losgelöst von der Entwicklung des internationalen kapitalistischen Systems betrachtet werden und somit auch Österreich nicht an der Misere der sogenannten Entwicklungsländer beteiligt sei. Gemeinsam mit der schon erwähnten „Neutralitätsfunktion“ bildet dieser historische Verweis eine weitere Legitimierungsform der Entwicklungshilfe.

4.3.2. Entwicklungshilfe als Imagekampagne - Internationales Ansehen als Legitimation von Entwicklungshilfe

„Khol (Anm. Nationalratsabgeordneter ÖVP) wies weiter auf den enormen Imageverlust hin, den Österreich durch seine mangelnde Hilfsbereitschaft erleide“ (Basisdienst 1987-1990, 23.09.1987)

„Im Verhalten gegenüber Entwicklungsländern werde Österreich auch an seiner Glaubwürdigkeit gemessen, nicht nur in den betroffenen Staaten, sondern ebenso in der westlichen Welt“ (Jankowitsch, Basisdienst 1987-1990, 05.12.1987)

Entwicklungshilfe als Teil der Repräsentation österreichischer Interessen wurde bereits zu Beginn des Kapitels erläutert, als der Diskursstrang der Förderung der Wirtschaft im Mittelpunkt der Betrachtung stand. Nun kommt ein Diskursstrang hinzu, der von

wirtschaftlichen Interessen mit Sicherheit nicht gänzlich zu trennen ist, diese allerdings nicht in den Vordergrund stellt. Wieder einmal ist es Peter Jankowitsch von der SPÖ, der über die Wichtigkeit der österreichischen Entwicklungshilfe informiert, und zwar diesmal im Zusammenhang mit dem internationalen Image Österreichs: An der „*Image-Kampagne*“, die das Bild Österreich im Ausland verbessern soll“, habe laut einem von der APA wiedergegebenen Bericht von Jankowitsch „*nicht zuletzt [...] eine gezielte Entwicklungshilfe beigetragen*“ (Basisdienst 1987-1990, 20.01.1987). Weiters spricht sich Jankowitsch, 1987 als Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des Parlaments tätig, für eine „*aktive, weltoffene Außenpolitik, in der auch die Länder und Völker der Dritten Welt ihren festen Platz haben müssen*“ (Basisdienst 1987-1990, 07.07.1987) aus und akzentuiert damit gleichzeitig die Bedeutung der Entwicklungshilfe, die ja von ihm selbst zuvor schon als wesentlicher Bestandteil der Außenpolitik charakterisiert wurde. Bemerkenswert ist dabei, dass er in der selben APA-Meldung auch davon spricht, dass sich durch solch eine Politik Österreich „*die Stellung in der Welt zurückerobert, die es in den siebziger Jahren besessen hat*“ (Basisdienst 1987-1990, 07.07.1987) und „*jede weitere Passivität [Anm. im Bereich der Entwicklungshilfe] dem Image Österreichs großen Schaden zufügen*“ würde, „*nicht so sehr bei den armen Ländern als bei den anderen Geberländern*“ (Basisdienst 1987-1990, 05.12.1987). Mehr als ein Jahrzehnt zuvor sorgte sich aber auch schon sein Parteikollege, Staatssekretär im Bundeskanzleramt Ernst Veselsky, über die negativen Folgen der quantitativ geringen Entwicklungshilfe, wegen der „*Österreich in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen und der OECD [...] im Mittelpunkt der Kritik*“ (Basisdienst 1970-1973, 22.09.1972), stehe. Ein weiteres in diese Richtung deutendes Argument bringt Jankowitsch Ende 1987, indem er anspricht, dass „*im Verhalten gegenüber Entwicklungsländern [...] Österreich auch an seiner Glaubwürdigkeit gemessen*“ werde, und zwar „*nicht nur in den betroffenen Staaten, sondern ebenso in der westlichen Welt*“ (Basisdienst 1987-1990, 05.12.1987).

Allerdings finden sich nicht nur Äußerungen der SPÖ in diesem Diskursstrang. So vermeldet der außenpolitische Sprecher der ÖVP, Ludwig Steiner im März 1987, dass „*gerade jetzt erhöhte Aktivitäten für eine Verbesserung des Erscheinungsbildes Österreichs auf internationaler Ebene notwendig seien*“, denn die bisherigen, unter Führung der SPÖ geleisteten, „*Beiträge Österreichs auf dem Sektor Entwicklungshilfe hätten [dem] internationalen Ansehen sehr geschadet*“ (Basisdienst 1987-1990, S. 25.03.1987). Dieser Argumentationsweise bedient sich auch Andreas Kohl und weist auf den „*enormen Imageverlust hin, den Österreich durch seine mangelnde Hilfsbereitschaft erleide und meinte,*

dass diese von den Mitgliedern der EG als Solidaritätsverweigerung angesehen werde“ und Österreich, wünsche es eine Annäherung an die EG *„seine Entwicklungshilfe zumindest zu verdoppeln“* (Basisdienst 1987-1990, 23.09.1987) habe, um von den EG-Ländern als ernsthafter Partner auf internationaler Ebene wahrgenommen zu werden. Ein Jahr später ist es für Kohl nicht mehr nur hinsichtlich seiner europäischen Partner wichtig, Entwicklungshilfe in entsprechender Höhe zu leisten, sondern auch hinsichtlich *„des politischen Ansehens in der Welt“* eine Notwendigkeit das *„Volumen der österreichischen Entwicklungshilfe anzuheben“* (Basisdienst 1987-1990, S. 04.02.1989).

Um das Ansehen und das „Image“ Österreichs in der Welt sind also SPÖ und ÖVP gleichermaßen besorgt, wobei auffällt, dass sich die Wortmeldungen der ÖVP in Bezug auf dieses Thema auf die Zeit von 1987 bis 1990 beschränken, die SPÖ jedoch sehr wohl auch schon in den 1970er Jahren dieses Thema anspricht, um es dann in den späten 80er Jahren mit einem Verweis auf den verlorenen Stellenwert Österreichs in der internationalen Welt wieder aufzugreifen. Hier kann abermals konstatiert werden, dass weniger politisch-ideologische Positionen den Diskurs bestimmen, sondern die Stellung im gesellschaftlichen Machtgefüge die Diskursposition tendenziell mehr prägt. Angemerkt muss hier aber werden, dass auf Seiten der ÖVP das Image besonders hinsichtlich einer verstärkten europäischen Integration wichtig wird, wohingegen dies bei der SPÖ weniger von Belang zu sein scheint. Mit Sicherheit ist dies ein Ausdruck für die verstärkte Europaorientierung der österreichischen Außenpolitik, die sich allerdings schon vor Beginn der ÖVP Regierungsbeteiligung abzeichnete (Hödl 2004, S. 124–126). Beiden politischen Lagern gemein ist jedenfalls der explizite Hinweis, dass eine geringe Entwicklungshilfe dem Ansehen Österreichs nicht nur in den Ländern der „Dritten Welt“ sondern eben genauso bei den westlichen, sogenannten „entwickelten“ Ländern schade. Hieraus lässt sich ableiten, dass daraus auch Nachteile für Österreich in (wirtschaftlich-politischen) Beziehungen zu andern Ländern, wichtigen Handelspartnern oder internationalen Organisationen entstehen könnten. Sicherlich hätte eine negative Bewertung der österreichischen Außen- bzw. Entwicklungshilfepolitik zum Beispiel zu einer Verschlechterung der Wahrnehmung Österreichs als international respektierter Standort für internationale Organisationen führen können. Besonders in den 70er Jahren, als gerade die Entscheidung getroffen wurde, einen offiziellen Amtssitz der UNO nach Wien zu verlegen, muss dies ebenfalls als eine Komponente bei den Überlegungen der politischen Protagonisten gewertet werden. Es zeigt sich also, dass dieser Diskursstrang in politische und wirtschaftliche Entstehungskontext eingebettet werden muss, die zwar nicht explizit zu Tage treten, allerdings bei einer genaueren Analyse der Textfragmente zum Vorschein kommen. Insofern machen die

letzten zwei Diskursstränge deutlich, dass wirtschaftliche und politische Legitimationen auch von Bedeutung sein können, wenn sie nicht auf den ersten Blick als solche erkenntlich sind.

5. Das falsche Bewusstsein - Kritik am Entwicklungshilfediskurs - Diskontinuitäten und Brüche?

In den vorangehenden Kapiteln wurde deutlich, dass die Übereinstimmung der Akteure bezüglich der Legitimation von Entwicklungshilfe durchaus beachtenswert ist und wenig durch die politisch-ideologische Positionierung bestimmt ist. Gleichzeitig wurde deutlich, dass internationale Diskurse und die Position im gesellschaftlichen Machtgefüge einen strukturierenden Einfluss auf die geführten Diskurse haben. Nachdem nun die wichtigsten Diskursstränge zur Legitimation von Entwicklungshilfe dargestellt, analysiert und interpretiert wurden, ist es nun an der Zeit auch noch einen kurzen Überblick zu verschaffen über die Bruchlinien, die sich durch den Diskurs ziehen bzw. an manchen Stellen deutlich werden. Eine wesentliche Bruchstelle markiert dabei die Übernahme der Entwicklungshilfeagenden durch Alois Mock im Jahr 1987 und die damit verbundene partielle Neuausrichtung der österreichischen Entwicklungshilfe, sowohl was finanzielle Zuwendungen als auch geographische Schwerpunkte betraf. Zu diesem Zeitpunkt beginnt die ÖVP, etablierte Finanzierungsschemata in Frage zu stellen und damit die in der langjährigen SPÖ Alleinregierung eingespielten Abläufe durcheinanderzubringen. Sinnbildlich dafür steht die ÖIE-Krise; es wurden im Jahr 1988 massive Kürzungen für das Budget der Entwicklungshilfeorganisation angekündigt, an denen sich politische Zwistigkeiten festmachen lassen.

Hier beginnen auch VertreterInnen der SPÖ aus einer politisch-ideologischen Position heraus die Politik der ÖVP anzugreifen. In Verbindung mit der schärfer werdenden Kritik der ÖVP an den Entwicklungshilfeprojekten im sandinistischen Nicaragua stellte dies sicherlich die schärfste Auseinandersetzung im Bereich der Entwicklungshilfepolitik der 70er und 80er Jahre dar (Hödl 2004, S. 105–108). So attackiert zum Beispiel Peter Jankowitsch den ÖVP-Außenminister Alois Mock 1987 als „*Exekutor der Reagan'schen Außenpolitik*“ (Basisdienst 1987-1990, 25.02.1989) und fordert ein, dass Österreich in der „*Entwicklungshilfepolitik nicht sprunghaft sein*“ (Basisdienst 1987-1990, 25.02.1989) dürfe. Schon zuvor hatte andererseits Andreas Kohl von der ÖVP moniert, dass die „*entwicklungspolitische Informationsarbeit [...] das falsche Bewusstsein*“ bilde und bemängelt weiters „*mit welchen Hunden die Sozialisten zu Bett gehen und mit welchen Flöhen sie aufwachen*“ (Basisdienst 1987-1990, 01.03.1988).

Neben dieser politisch-ideologischen Auseinandersetzung ist es vor allem die finanzielle Frage, die viele Akteure beschäftigt. Hier sind quer durch das Akteursspektrum Interventionen festzustellen, die eine Einhaltung der finanziellen Zusagen an die Entwicklungshilfe einfordern. Hier kann allerdings selten von einem Bruch gesprochen werden, da diese Kritik sehr gut mit den beschriebenen Diskurssträngen in Einklang steht und zum Beispiel oft darauf verweisen wird, dass ein Imageverlust mit der geringen Hilfsbereitschaft Österreichs einhergehe (siehe Kap. 4.3.2.).

An einigen Stellen erhält diese Art der Kritik allerdings sehr wohl die Qualität eines Bruches mit grundsätzlichen Erzählweisen der Entwicklungshilfepolitik. So fordert zum Beispiel die SPÖ-Abgeordnete Waltraud Horvath eine „*substantielle Erhöhung der Budgetmittel für Entwicklungshilfe*“, betont gleichzeitig die Gefahr, „*dass die österreichische Entwicklungshilfe in Zukunft noch stärker den Interessen der österreichischen Wirtschaft untergeordnet wird*“ (Basisdienst 1987-1990, 13.01.1988) und es statt „*Armutsbekämpfung in der Dritten Welt [...] offenbar um Wirtschaftsförderung in Österreich*“ (Basisdienst 1987-1990, S. 30.11.1989) gehe. Eine Aussage, die allerdings auch für die Zeit als gültig angesehen werden kann, als die ParteikollegInnen von Horvath die Agenden der Entwicklungshilfepolitik betreuten, wie bereits im ersten Analysekapitel gezeigt wurde.

Auch die Grünen bleiben mit ihrer Kritik an der österreichischen Entwicklungshilfe meist dabei, die Unterfinanzierung zu bemängeln. An einigen Stellen wird aber auch hier eine grundsätzliche Kritik sichtbar, wenn zum Beispiel davon gesprochen wird, dass „*Entwicklungshilfe in Form von Exportförderung [...] nur ein anderes Wort für Neokolonialismus*“ (Basisdienst 1987-1990, S. 25.03.1987) sei und deshalb die zu einem guten Teil auf Exportförderung beruhende österreichische Entwicklungshilfe nicht akzeptiert werden könne (vgl. Hödl 2004, S. 230f). Hier ist eine Kritik an der grundsätzlichen Ausrichtung der Entwicklungshilfe feststellbar, die sich im Widerspruch zu dem ansonsten breit geteilten Diskursstrang der Förderung der österreichischen Wirtschaft durch Entwicklungshilfe befindet.

Auch aus den Reihen der Zivilgesellschaft ist es die Forderung nach Einhaltung der finanziellen Zusagen, welche die kritischen Beiträge zum Diskurs dominiert. Allerdings gibt es hier auch einige Fälle, die einen Bruch darstellten und sich in den Narrativ der grundsätzlichen Kritik an der Entwicklungshilfe als Instrument zur Förderung der österreichischen Wirtschaft anschließt. So konstatiert die Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe, dass die von der ÖVP eingeleitete „Neubewertung“ der Entwicklungshilfe „*einseitig auf die Förderung der*

österreichischen Wirtschaft ausgerichtet“ (Basisdienst 1987-1990, 29.11.1988) sei. Erstmals wird in dieser Meldung auch thematisiert, dass *„die Betroffenen in der Dritten Welt“* im Entwicklungshilfekonzept der österreichischen Regierung *„keine Rolle im Entwicklungsprozess [...] zuerkannt“* (Basisdienst 1987-1990, 29.11.1988) bekommen. Hier schwingt implizit eine Kritik paternalistischer und neokolonialer Entwicklungshilfe mit, die ansonsten vergeblich im analysierten Datenmaterial zu suchen ist.

Die von den im APA-Archiv vertretenen Akteuren an der Entwicklungshilfepolitik geübte Kritik spielte sich also zumeist im Rahmen der identifizierten Diskursstränge ab und gelangte selten zu einer Position, die als Bruch mit den vorhandenen Narrativen gewertet werden kann. Derartige Kritik kann also als marginalisiert bezeichnet werden und bietet somit auch Einblick in die Struktur der medial vermittelten politischen Öffentlichkeit. Denn in dieser werden zumeist nur Äußerungen wiedergegeben, die zum Einen von als für den gesellschaftlichen Diskurs relevant angesehenen Akteuren stammen und/oder sich zum Anderen an die festgesetzten Grenzen des Sagbaren halten. Ein analytisch wichtiger Punkt scheint hier auch zu sein, dass sämtliche Kritik, die zumindest in Ansätzen als Bruch gewertet werden kann, erst in der Zeit Ende der 80er Jahre geäußert wurde. Dies kann auf mehrere Ursachen zurückgeführt werden. Mit dem Einzug der „Grünen Alternative“ ins Parlament ist zweifellos eine veränderte politische Debattenkultur festzustellen, da von nun an eine weitere Partei „links der Mitte“ im Parlament vertreten war, die auch die Entwicklungshilfepolitik als für sie interessantes Themenfeld sah. Weiters ist auch zu erwähnen, dass ab 1987 die ÖVP die Entwicklungshilfepolitik steuerte und vor allem durch die Kürzungen, die einige zivilgesellschaftliche Organisationen betrafen, Unmut seitens dieser und auch seitens der SPÖ auf sich zog.

Abgesehen von wenigen Ausnahmen kann die Kritik an der Entwicklungshilfe also als kohärent mit den herausgearbeiteten Diskurssträngen gesehen werden. Aufgrund des Datenmaterials kommt allerdings wie erwähnt die Einschränkung hinzu, dass Akteure, die eine grundsätzliche Kritik an der österreichischen Entwicklungshilfepolitik formulierten, mit dieser Ansicht zumindest nicht in den Kanon der APA-Meldungen gelangten. Dies schließt natürlich keineswegs aus, dass es diese Kritik gegeben hat, allerdings eben nicht in solch einem Umfang oder solch einer Vehemenz, dass sie die abgesteckten Kriterien des Sagbaren überwinden hätte können und in den medialen Diskurs vorgedrungen wäre.

6. Fazit und Ausblick

Auf den letzten gut 20 Seiten wurde versucht einen Einblick zu geben, wie österreichische Entwicklungshilfe in den 1970er und 1980er Jahren legitimiert wurde. Dafür wurden insgesamt mehr als 300 APA-Meldungen ausgewertet und analysiert. Zum Vorschein kamen vier Diskursstränge an denen sich die Legitimation der österreichischen Entwicklungshilfe in diesem Zeitraum orientierte und die immer wieder aufeinander Bezug nehmen und sich durchaus auch überschneiden. So kristallisierten sich als die am stärksten ausgeprägten Diskursstränge jene der „Förderung der österreichischen Wirtschaft“ und der „politisch/moralischen Verpflichtung“ heraus. Die beiden anderen identifizierten Diskursstränge, jener von der „Vorbildfunktion Österreichs“ und jener des Ringens um „Internationales Ansehen durch Entwicklungshilfe“, bauten in ihrer Argumentationsweise implizit auf die beiden Erstgenannten auf und kombinierten diese Fragmente der Argumentation mit identitätspolitischen Überlegungen die eine besondere Rolle Österreichs in der internationalen Staatenwelt suggerierten. Generell waren diese Diskursstränge in beiden analysierten Zeiträumen vorhanden und veränderten sich oft nur minimal. Allerdings kann über den Diskurs, der Entwicklungshilfe mit Imagepolitik in Verbindung bringt (Kapitel 4.3.2.), gesagt werden, dass er erst in den späten 80er Jahren zu einer relevanten Argumentationsweise wurde und vorher jener der Vorbildfunktion Österreichs dominierte. Geschuldet ist dieser Wandel sicher einem veränderten internationalen Kontext, sowie veränderten innenpolitischen Machtverhältnissen. Dies ist allerdings auch für die anderen Diskursstränge gültig, für die eben diese internationalen und nationalen Entstehungskontexte, zumindest ansatzweise, herausgearbeitet wurden.

Wesentliche Erkenntnis aus den Analysen und Interpretationen, die mit dieser Einbettung der Diskursstränge einherging ist, dass die Positionen, die die AkteurInnen einnahmen, oftmals weniger durch den politisch-ideologischen Hintergrund bestimmt sind, sondern durch ihre Position im gesellschaftlichen Machtgefüge, wie besonders in der Analyse der Diskursstranges „Förderung der österreichischen Wirtschaft“ deutlich geworden ist. Hinsichtlich der AkteurInnen kann gesagt werden, dass die Dominanz der beiden großen politischen Parteien SPÖ und ÖVP im Diskurs über die Legitimation von Entwicklungshilfe eklatant ist. Dies spiegelt sich auch in der Arbeit durch die Vielzahl an Zitaten wieder, die einem dieser beiden Akteure zuzuordnen sind. Gewiss bedingt durch die beschränkten

Zugangsmöglichkeiten anderer Akteure zum „Multiplikator“ APA fanden sich aber doch auch immer wieder Berichte und Meldungen, die von kirchlichen, privatwirtschaftlichen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen stammten. Bis auf die Privatwirtschaft sind dabei die Akteure nicht bloß einem Diskursstrang zuordenbar, sondern bedienen sich jeweils verschiedener Argumentations- und Legitimationsweisen bei ihren Berichten über die Notwendigkeit von Entwicklungshilfe.

Fehlender Zugang ist darüber hinaus ein mögliches Erklärungsmuster für die allgemeine Kohärenz der Aussagen. Denn kaum eine kritische Intervention ist überliefert, bei der sich Akteure nicht auch der Argumentationsweise der Diskursstränge bedienen. Die meistgeübte „Kritik“ an der österreichischen Entwicklungshilfe bleibt die Einmahnung der durch die Republik gemachten finanziellen Zusagen, eine grundsätzlichere Kritik ist nur in Ausnahmefällen zu beobachten.

Die Legitimierung der österreichischen Entwicklungshilfe in den 1970er und 80er Jahren ist allerdings mit dieser Forschungsarbeit keineswegs ausschöpfend untersucht. So eröffnen sich durch diese Arbeit zwar Perspektiven und Deutungsangebote, um zu einem weniger eingeschränkten Bild über die Legitimierungsdiskurse dieser Zeit zu gelangen, es könnte allerdings zusätzlich versucht werden, die großen österreichischen Medien in dieser Zeit als Datenmaterial auszuwerten. Weiters schiene es auch angebracht, den exemplarisch gewählten Zeitraum zu vergrößern und dadurch die Veränderungen und jeweiligen Akzentuierungen im Diskurs noch besser fassen zu können. Eine intensivere Auseinandersetzung mit internationalen Entwicklungshilfediskursen wäre ebenfalls noch eine Perspektive, die eine derart ausgerichtete Forschungsarbeit sehr bereichern könnte. In eine etwas andere Richtung blickend wäre es sicher auch aufschlussreich, verstärkt parlamentarische Debatten, Parteiprogramme oder Grundsatzpapiere aus dieser Zeit aufzuarbeiten, um ein ausführlicheres Bild der diskursiven Argumentationsweisen zu erlangen, die in den APA-Meldungen doch auch immer nur verkürzt wiedergegeben sind. Langfristig wäre es mit Sicherheit auch wünschenswert die Zeit bis zur Jahrtausendwende und auch jene bis zum heutigen Zeitpunkt auf die hier vorgeschlagene Art und Weise zu durchleuchten, um so den Strategien und Argumentationen, die den heutigen Diskurs dominieren, einen „Spiegel“ vorzuhalten. Denn durch einen historischen Blick wird es in der sozialwissenschaftlichen Entwicklungsforschung möglich, aktuelle (entwicklungs-)politische Konzepte auf ihren tatsächlichen Innovationsgehalt zu befragen und etwaige Erinnerungslücken aufzufüllen.

7. Literaturverzeichnis und Quellen

Aussendung andere. APA.

Basisdienst (1970-1973). APA.

Basisdienst (1987-1990). APA.

Böhm, Andreas (2000): Theoretisches Codieren: Textanalyse in der Grounded Theory. In: Flick, Uwe; Kardorff, Ernst von; Steinke, Ines: Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Duden (2013): Eintrag zu: Solidarität, die. <http://www.duden.de/rechtschreibung/Solidaritaet> [letzter Zugriff am 27.01.2015]

Faymann, Werner (2011): Rede von Bundeskanzler Faymann anlässlich des Festaktes zum 100. Geburtstag von Bruno Kreisky.

http://www.bka.gv.at/site/cob__42210/currentpage__0/6598/default.aspx [letzter Zugriff: 27.01.2015]

Flick, Uwe (2007): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Franz, Barbara (2000): Öffentlichkeitsrhetorik. Massenmedialer Diskurs und Bedeutungswandel. Wiesbaden: Dt. Univ.-Verlag.

Hödl, Gerald (2004): Österreich und die Dritte Welt. Aussen- und Entwicklungspolitik der Zweiten Republik bis zum EU-Beitritt 1995. Wien: Promedia.

Jäger, Siegfried (1993): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Duisburg: Diss-Studien.

Keller, Reiner (2007): Diskurse und Dispositive analysieren. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse als Beitrag zu einer wissensanalytischen Profilierung der Diskursforschung. In: Forum: Qualitative Sozialforschung, 8 (2), S. 1–32. Online verfügbar unter <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/243/538>, [letzter Zugriff am 07.01.2015].

Mayring, Philipp (2002): Einführung in die qualitative Sozialforschung. Weinheim und Basel: Beltz-Verlag.

Meyer, Thomas; Schicha, Christian; Brosda, Carsten (2001): Diskurs-Inszenierungen. Zur Struktur politischer Vermittlungsprozesse am Beispiel der ökologischen Steuerreform. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Parteiaussendung ÖVP. APA.

Parteiaussendung SPÖ. APA.

Schicho, Walter (2014): Diskursanalyse. In: Petra Dannecker und Birgit Englert (Hg.): Qualitative Methoden in der Entwicklungsforschung. Wien. Mandelbaum. Wien: Mandelbaum, S. 127–152.